



# Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 9/2009–2010

	Inhalt	Seite
10.	Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen.....	387



## Inhaltsverzeichnis

<b>10.</b>	<b>Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen</b>	
<b>I.</b>	<b>Einleitung – Wichtiges in Kürze</b> .....	387
<b>II.</b>	<b>Ausgangslage</b> .....	388
	1. Erarbeitung der Vereinbarung und Einbezug der Kantone ..	388
	1.1 Vernehmlassungsverfahren im Überblick .....	388
	1.2 Stellungnahme des Kantons Graubünden – Mitwirkung des Grossen Rates .....	389
	2. Qualifikation der Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen als recht- setzender Vertrag zwischen Kantonen .....	389
	3. Bundesrechtliche Ansätze zur Harmonisierung des Stipendienwesens .....	390
	4. Interkantonale Stipendienharmonisierung als begleitende Massnahme zur Umsetzung der NFA zwischen Bund und Kantonen .....	390
	5. Kantonales Stipendiengesetz .....	391
<b>III.</b>	<b>Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln</b> .....	392
	1. Zweck und Grundsätze .....	392
	2. Beitragsberechtigung .....	393
	3. Ausbildungsbeiträge .....	398
	4. Bemessung der Beiträge .....	400
	5. Vollzug .....	403
	6. Übergangs- und Schlussbestimmungen .....	403
<b>IV.</b>	<b>Zuständigkeit für die Erklärung des Beitritts des Kantons Graubünden zum Stipendienkonkordat</b> .....	404
<b>V.</b>	<b>Finanzielle und personelle Auswirkungen</b> .....	405
<b>VI.</b>	<b>Berücksichtigung der Grundsätze «VFRR»</b> .....	406
<b>VII.</b>	<b>Anträge</b> .....	406



## Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

10.

### **Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen**

Chur, den 12. Januar 2010

Sehr geehrter Herr Landespräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen Botschaft und Entwurf betreffend den Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendienkonkordat) vom 18. Juni 2009.

#### **I. Einleitung – Wichtiges in Kürze**

Die Plenarversammlung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (Erziehungsdirektorenkonferenz, EDK) hat die vorliegende Interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen, das sogenannte Stipendienkonkordat, am 18. Juni 2009 verabschiedet. Mit Schreiben vom 10. Juli 2009 hat die EDK die Kantonsregierungen eingeladen, das Ratifikationsverfahren auf kantonaler Ebene einzuleiten. Bis Ende 2009 hat noch kein Kanton definitiv seinen Beitritt zur Vereinbarung erklärt.

Die Interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen soll einerseits eine formelle Harmonisierung des Stipendienwesens in der Schweiz gewährleisten und andererseits eine materielle Harmonisierung fördern.

Der *formellen* Harmonisierung dient die einheitliche Definition stipendienrechtlicher Ausdrücke wie «berufsbefähigende erste Ausbildung», «Erstausbildung», «Eigenleistung», «Fremdleistung», «der stipendienrechtliche Wohnsitz», «beitragsberechtigte Personen».

Die *materielle* Harmonisierung wird gefördert durch die Festlegung von Mindeststandards (z.B. Alterslimite, Dauer der Unterstützung, Maximalansätze), mit welchen der Bildungszugang für einkommensschwache Bevölkerungsschichten und die gleiche Behandlung der ausländischen Wohnbevölkerung gewährleistet werden soll.

## **II. Ausgangslage**

Die Kantone vergeben pro Jahr rund 276 Millionen Franken Ausbildungsbeiträge in Form von Stipendien (2008 in Graubünden mit CSF: 13,8 Millionen Franken) und 27 Millionen Franken in Form von Darlehen.

### **1. Erarbeitung der Vereinbarung und Einbezug der Kantone**

Bereits in der Vergangenheit wurde zum Teil erfolgreich versucht, die unterschiedlichen kantonalen Stipendiengesetze und -systeme stärker zu harmonisieren. Insbesondere hat das im Jahre 1997 von der EDK herausgegebene Modellgesetz mit empfehlendem Charakter eine gewisse Angleichung der kantonalen Stipendiensysteme bewirkt. Es diente auch als wesentliche Grundlage für die Erarbeitung eines Vernehmlassungsentwurfs, welcher unter Berücksichtigung des Vorstandsbeschlusses der EDK vom Januar 2004 erfolgte, wonach die Vereinbarung auch den Tertiärbereich erfassen solle.

#### ***1.1 Vernehmlassungsverfahren im Überblick***

Am 25. Oktober 2007 hat der Vorstand der EDK den Entwurf zu einer Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen zur Vernehmlassung freigegeben. Das Vernehmlassungsverfahren dauerte bis am 31. Mai 2008. Der Auswertungsbericht vom 15. September 2008 zeigte, dass 23 Kantone den Entwurf im Grundsatz unterstützten. Zwei Kantone (AI, SG) lehnten ihn ab und ein Kanton (OW) sprach sich für eine ausschliesslich formelle Harmonisierung aus. Mit der anschliessenden Überarbeitung des Entwurfs konnte dem überwiegenden Teil der Vorbehalte verschiedener Kantone Rechnung getragen werden, so dass das Geschäft nach Beratungen im Vorstand am 18. Juni 2009 der Plenarversammlung unterbreitet werden konnte.

## ***1.2 Stellungnahme des Kantons Graubünden – Mitwirkung des Grossen Rates***

Im Kanton Graubünden regelt das Gesetz über den Grossen Rat (BR 170.100) in Art. 67 f. die Information und Mitwirkung im Bereich der Aussenbeziehungen. So sieht Art. 68 Abs. 2 dieses Gesetzes vor, dass die ständigen Kommissionen der Regierung während Vertragsverhandlungen beratend zur Seite stehen und Vorschläge zum Inhalt der Verträge unterbreiten können.

Die grossrätliche Kommission für Bildung und Kultur und anschliessend auch der Grosse Rat hatten sich bereits anlässlich der Beratungen zum total revidierten Gesetz über Ausbildungsbeiträge im Dezember 2006 intensiv mit der Ausgestaltung des Bündner Stipendienwesens und der interkantonalen Harmonisierung befasst. Die Diskussionen im Vorfeld der Vernehmlassung zur Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen berücksichtigten einerseits das Bundesgesetz über Beiträge an die Aufwendungen der Kantone für Stipendien und Studiendarlehen im tertiären Bildungsbereich (NFA-Anschlussgesetzgebung), andererseits aber auch den aktuellen Stand der Arbeiten zu einem Stipendienkonkordat (Botschaft zur Totalrevision des Gesetzes über Studiendarlehen und Stipendien des Kantons Graubünden, Heft Nr. 13/2006–2007, S. 1512 ff.). Ein erklärtes Ziel der Revision des Bündner Stipendiengesetzes war denn auch, dass das Gesetz die interkantonalen Harmonisierungsbemühungen berücksichtigt. Die wertvollen und inhaltlich klaren Beratungsergebnisse im Grossen Rat (GRP 3|2006/2007, S. 640 ff.) hat die Regierung ihrer Stellungnahme an die EDK vom 27. Mai 2008 zu Grunde gelegt. Sie hat vom Grossen Rat bereits im Dezember 2006 mitgetragene inhaltliche Vorschläge gemacht und diese mit Nachdruck vertreten. Die Vorschläge der Regierung fanden Berücksichtigung im Vereinbarungstext.

## **2. Qualifikation der Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen als rechtsetzender Vertrag zwischen Kantonen**

Die herkömmliche Lehre unterscheidet im in Frage stehenden Bereich zwischen rechtsgeschäftlichen und rechtsetzenden Verträgen. Erstere begründen ein konkretes Rechtsverhältnis mit Rechten und Pflichten der Parteien, ohne dass Private in ihrer Rechtsstellung unmittelbar betroffen wären. Letztere enthalten generell-abstrakte Regelungen, die in allen Vertragskantonen Anwendung finden sollen (entweder direkt oder durch Erlass von Umsetzungsregeln). Aufgrund des Inhalts der Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen ergibt sich eindeutig, dass es sich bei dieser um einen rechtsetzenden Vertrag zwischen Kantonen

(so genanntes Konkordat) im Sinne von Artikel 48 der Bundesverfassung handelt. Sie hat denselben formalrechtlichen Rang wie das Schulkonkordat von 1970 und die interkantonalen Vereinbarungen über die Diplomanerkennung (1993) und die Harmonisierung der obligatorischen Schule (2007). Die Vereinbarung beschlägt keine Fragen des interkantonalen Lastenausgleichs und untersteht daher nicht der Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (IRV).

### **3. Bundesrechtliche Ansätze zur Harmonisierung des Stipendienwesens**

Nach geltendem Bundesrecht ist das Stipendienwesen grundsätzlich Sache der Kantone. Der Bund kann den Kantonen Beiträge an ihre Aufwendungen für Stipendien und Studiendarlehen leisten. Mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) erfolgte im Stipendienbereich eine Teilentflechtung der Aufgaben. Diese Teilentflechtung ist verankert in Art. 66 der Bundesverfassung (BV), wonach die Bundesbeiträge bloss noch an Aufwendungen für Ausbildungsbeiträge der Kantone für Studierende an Hochschulen und anderen Institutionen des höheren Bildungswesens ausgerichtet werden (Rückzug des Bundes aus dem Stipendienwesen der Sekundarstufe II). Darüber hinaus kann der Bund die interkantonale Harmonisierung der Ausbildungsbeiträge fördern und Grundsätze für die Ausrichtung von Ausbildungsbeiträgen festlegen.

Mit dem Bundesgesetz über Beiträge an die Aufwendungen der Kantone für Stipendien und Studiendarlehen im tertiären Bildungsbereich (Ausbildungsbeitragsgesetz) vom 6. Oktober 2006 hat der Bund denn auch Mindeststandards als Subventionsvoraussetzungen für die Finanzbeihilfen im Tertiärbereich festgelegt.

### **4. Interkantonale Stipendienharmonisierung als begleitende Massnahme zur Umsetzung der NFA zwischen Bund und Kantonen**

Art. 66 BV belässt den Kantonen nunmehr die ausschliessliche Zuständigkeit für Stipendien und Studiendarlehen bis und mit Sekundarstufe II (Mittelschulen, Berufsbildung). Der Bund wird sich für diesen Bereich stipendienrechtlich nicht mehr engagieren. Angesichts der skizzierten Kompetenzregelung sind die Kantone zuständig, um für den Bereich der Sekundarstufe II interkantonale geltende Mindeststandards zu vereinbaren.

Eine Harmonisierung der kantonalen Stipendienwesen soll sicher stellen, dass keine Person wegen einem Kantonswechsel grundsätzlich die Stipen-

dienberechtigung verliert. Sie kann aber auch die Chancengleichheit von Einwohnerinnen und Einwohnern der verschiedenen Kantone fördern.

Durch Koordination und Harmonisierungen, zu welchen neben den Kantonen auch der Bund beigetragen hat, konnten in den vergangenen Jahren im Stipendienwesen deutliche Verbesserungen erzielt werden. So gewährleistet die heute gefestigte einheitliche Wohnsitzregelung, dass es nicht mehr möglich ist, dass sich bei einem Kantonswechsel keine Behörde mehr zuständig fühlt, oder dass eine Person von zwei Kantonen Stipendien erhält. Im Zusammenhang mit dem Rückzug des Bundes aus dem Stipendienwesen der Sekundarstufe II (Umsetzung NFA) wächst für die Kantone das Interesse, die erreichten Harmonisierungserfolge auch bezüglich Sekundarstufe II abzusichern. Das Stipendienkonkordat erweist sich unter diesem Aspekt als Begleitmassnahme zur Umsetzung der NFA. So trägt das Konkordat zunächst dazu bei, dass sich die kantonalen Stipendiensysteme im Bereich der Sekundarstufe II nicht weiter auseinander entwickeln.

Mit Ansätzen zu einer materiellen Harmonisierung kann darauf hingewirkt werden, dass die zwischen den Kantonen im Bereich der Ausbildungsbeiträge bestehenden grossen Unterschiede reduziert werden. Aktuell wird etwa der Kreis von Personen, die Ausbildungsbeiträge erhalten können, einheitlich festgelegt (so werden Personen ohne schweizerische Staatsangehörigkeit nicht in allen Kantonen gleich behandelt). Signifikant unterschiedlich ist auch die Höhe der im konkreten Einzelfall effektiv ausgerichteten Ausbildungsbeiträge.

Wie das kantonale Stipendiengesetz erfasst das Stipendienkonkordat nicht nur die Sekundarstufe II, sondern auch die Tertiärstufe. Betreffend die Tertiärstufe (Art. 66 Abs. 1 BV ermächtigt den Bund, Mindeststandards festzulegen) ergänzt und konkretisiert das Konkordat allerdings die Bestimmungen des Ausbildungsbeitragsgesetzes des Bundes lediglich.

Ergänzend zur Vereinbarung werden weiterführende Empfehlungen für eine gemeinsame Berechnungsgrundlage der Ausbildungsbeiträge ausgearbeitet. Auch wenn solche Empfehlungen nicht verbindlich sind, ist eine gewisse harmonisierende Wirkung derselben zu erwarten.

## **5. Kantonales Stipendiengesetz**

Der Fachbereich Stipendien ist im kantonalen Recht im Gesetz über Ausbildungsbeiträge (Stipendiengesetz, BR 450.200) vom 5. Dezember 2006 und in der darauf abgestützten Anschlussgesetzgebung geregelt. Der Grosse Rat als Gesetzgeber hat einem leistungsfähigen Stipendienwesen anlässlich der Totalrevision des Stipendiengesetzes sehr hohe Bedeutung beigemessen. Gerade für die Bevölkerung des grossflächigen, dünn besiedelten Kantons

Graubünden fördern Stipendien und Darlehen innerkantonale und interkantonale in entscheidendem Masse die Chancengleichheit für das Absolvieren einer Ausbildung.

Die Gewichtungen und Ziele, welche der Gesetzgeber mit dem Bündner Stipendiengesetz ins Zentrum rückte, decken sich mit Ergebnissen der neueren Bildungsforschung. So zeigen Forschungsergebnisse, dass die soziale Herkunft der mit Abstand wichtigste Faktor für den Bildungserfolg des Individuums ist. Faktoren wie Nationalität, Wohnort oder Geschlecht spielen für die Bildungslaufbahn junger Menschen eine geringere Rolle als der elterliche Status (Bildungsstand der Eltern, berufliche Stellung und damit verbunden auch das Haushaltseinkommen der Familie). Der Einfluss nicht vorhandener Finanzierungsmöglichkeiten kann durch Ausbildungsbeiträge abgeschwächt werden. Auch nach der Straffung der Studiengänge durch die Bologna-Reform tragen Stipendien und Darlehen dazu bei, dass junge Menschen nicht wegen finanziellen Hürden von der Bildung abgehalten werden.

Der Bündner Gesetzgeber hat im Zuge der Umsetzung der NFA die Totalrevision des Stipendiengesetzes so ausgestaltet, dass das kantonale Gesetz die vom Bundesgesetz über Beiträge an die Aufwendungen der Kantone für Stipendien und Studiendarlehen im tertiären Bildungsbereich (Ausbildungsbeitragsgesetz) vom 6. Oktober 2006 vorgegebenen Mindeststandards einhält. Das kantonale Gesetz steht darüber hinaus auch in Einklang mit den Regelungen der Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen.

### **III. Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln**

#### **1. Zweck und Grundsätze**

##### **Art. 1 Vereinbarungszweck**

*Artikel 1* umschreibt den Zweck der Vereinbarung: Es geht um die Harmonisierung der kantonalen Ausbildungsbeiträge (Sekundarstufe II und Tertiärstufe) mittels einheitlicher Definition stipendienrechtlicher Begriffe und formaler Kriterien, mittels der Festlegung von Mindeststandards im materiellen Bereich und mittels Statuierung einer verbindlichen Zusammenarbeit der Vereinbarungskantone. Die Festlegung von Mindeststandards (*litera a*) verpflichtet die Vereinbarungskantone bezüglich der beitragsberechtigten Ausbildungen, der Form, der Höhe und der Bemessung sowie der Dauer der Beitragsberechtigung zur Einhaltung bestimmter Mindestnormen, lässt ihnen aber gleichzeitig Raum, innerhalb des Kantons grosszügigere Regelungen zu statuieren. Mit der verbindlichen Regelung des stipendienrechtlichen Wohnsitzes (*litera b*) wird eine klare Zuständigkeitsordnung (Zuordnungs-

regel) geschaffen. *Litera c* verpflichtet die Vereinbarungskantone zur Zusammenarbeit.

### **Art. 2 Wirkungsziele von Ausbildungen**

*Artikel 2* hält als übergeordnetes Wirkungsziel die bessere Nutzung des Bildungspotenzials auf gesamtschweizerischer Ebene fest und zählt in *litera a* bis *e* die wichtigsten bildungs- und sozialpolitischen Ziele auf, welche durch die Vergabe von Ausbildungsbeiträgen verwirklicht werden sollen.

### **Art. 3 Subsidiarität der Leistungen**

In *Artikel 3* wird der Grundsatz verankert, dass Ausbildungsbeiträge ausgerichtet werden, wenn die finanzielle Leistungsfähigkeit der Person in Ausbildung, deren Eltern oder anderer gesetzlich Verpflichteter und anderer Dritter nicht ausreichen. «Andere gesetzlich Verpflichtete» sind z.B. Ehepartner. Leistungen «anderer Dritter» sind beispielsweise Ergänzungsleistungen und Leistungen von Privaten.

### **Art. 4 Zusammenarbeit**

Damit durch die Interkantonale Vereinbarung wichtige Zielsetzungen erreicht werden können, postuliert *Artikel 4* die Zusammenarbeit unter den Vereinbarungskantonen. Da der Bund für Ausbildungsbeiträge im Tertiärbereich gestützt auf Artikel 66 BV sowie gestützt auf das Ausbildungsbeitragsgesetz des Bundes vom 6. Oktober 2006 Bundesbeiträge ausschüttet, muss Artikel 4 auch die Zusammenarbeit mit dem Bund explizit erwähnen. Ebenfalls sind die Vereinbarungskantone gemäss Absatz 2 des Artikels dazu verpflichtet, sich gegenseitig Amtshilfe zu leisten. Als Amtshilfe wird die Unterstützung einer Behörde durch eine andere Behörde bezeichnet, wenn die Handlung der helfenden Behörde der Erfüllung der Aufgabe einer anderen Behörde dient und sie auf deren Ersuchen vorgenommen wird. Amtshilfe wird auf Ersuchen und im Einzelfall geleistet. Als Schranken der Amtshilfe fallen insbesondere das Amtsgeheimnis und der Datenschutz in Betracht.

## **2. Beitragsberechtigung**

### **Art. 5 Beitragsberechtigte Personen**

Zu den Kategorien von Personen, die bei Erfüllen der weiteren Voraussetzungen beitragsberechtigt sind, zählen nach Absatz 1:

*litera a*: Schweizer Bürgerinnen und Bürger mit stipendienrechtlichem Wohnsitz in der Schweiz.

*litera b*: *Litera b* statuiert den Grundsatz, dass Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer lediglich für Ausbildungen in der Schweiz bei-

tragsberechtigt sein sollen und dies nur sofern sie nicht in anderen Staaten Beiträge beziehen können. Die Situation präsentiert sich unterschiedlich, je nachdem, ob es sich beim ausländischen Wohnsitzstaat der Eltern der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern um einen EU-/EFTA-Staat oder um einen Drittstaat handelt. Gemäss den bilateralen Abkommen können Schweizer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der EU/EFTA sowie deren Kinder die gleichen Leistungen beanspruchen wie Einheimische. Gemäss vorliegender Vereinbarung besteht für die Kantone keine Pflicht für Stipendienleistungen an Personen, für welche ein EU- oder EFTA-Staat zuständig ist. Dies gilt auch, wenn der betroffene Staat, wie z. B. Frankreich, keine Ausbildungsbeiträge für Auslandsstudien kennt oder wenn kein genügend ausgebautes Stipendienwesen vorhanden ist. Gestützt auf die vorliegende Vereinbarung kann demnach weder ein Rechtsanspruch von Auslandschweizerfamilien aus EU-/EFTA-Ländern auf schweizerische Ausbildungsbeiträge noch auf eine Ausbildung in der Schweiz abgeleitet werden. Da es sich um einen Mindeststandard handelt, können die einzelnen Kantone dennoch Ausbildungsbeiträge an Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in EU-/EFTA-Staaten vergeben. Für eine Person, welche ausschliesslich zu Ausbildungszwecken in die Schweiz kommt, und deren Eltern im europäischen Ausland (EU-/EFTA-Staaten) wohnhaft sind, ist nach wie vor der EU-/EFTA-Staat zuständig, unabhängig von einer Wohnsitznahme der Person in Ausbildung in der Schweiz. Die Kantone werden in diesem Fall nicht zur Zahlung von Ausbildungsbeiträgen verpflichtet. Anders präsentiert sich die Situation, wenn eine Person nicht zum Zwecke des Studiums, sondern für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit in die Schweiz gekommen ist, sie aber zu einem späteren Zeitpunkt dennoch ein Studium aufnimmt. In diesen Fällen besteht keine Zuständigkeit eines EU-/EFTA-Staates für die Entrichtung von Ausbildungsbeiträgen mehr. Die Person wird in der Schweiz beitragsberechtigt. Ein Schweizer Kanton wird für die Person zuständig, in der Regel der Heimatkanton. Wenn die Person in einem Kanton während zweier Jahre ununterbrochen erwerbstätig war, wird dieser zuständig. Mit Drittstaaten existieren keine entsprechenden Verträge. In der Regel ist somit die Schweiz für die Entrichtung von Ausbildungsbeiträgen zuständig.

*litera c:* Ausländische Staatsangehörige, welche im Besitze einer Schweizer Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis) sind oder über eine Jahresaufenthaltsbewilligung (B-Ausweis) verfügen, sofern sie seit 5

Jahren in der Schweiz aufenthaltsberechtigt sind. Die Voraussetzungen für die Niederlassungsbewilligung werden im Ausländergesetz oder in Niederlassungsvereinbarungen geregelt und setzen in der Regel einen Aufenthalt von 5 bzw. 10 Jahren voraus. Gemäss Ausländergesetz erhalten z. B. die Ehegatten eines Schweizer Bürgers bzw. einer Schweizer Bürgerin nach 5 Jahren Aufenthalt die Niederlassung, ebenso kann eine Niederlassung bereits nach 5 Jahren bei erfolgreichen Integrationsbemühungen ausgerichtet werden. Mit zahlreichen Staaten hat die Schweiz Niederlassungsvereinbarungen abgeschlossen, welche einen Anspruch auf Niederlassung nach 5 Jahren vorsehen. Um der aktuellen Diskussion über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern Rechnung zu tragen, soll nicht ausschliesslich die Niederlassungsbewilligung zum Kriterium für die Bezugsberechtigung von Ausbildungsbeiträgen gemacht werden, sondern auch der Besitz einer Jahresaufenthaltsbewilligung (B-Ausweis), sofern sich die Person zum Zeitpunkt des Stipendiengesuchs seit 5 Jahren in Übereinstimmung mit den ausländerrechtlichen Vorschriften in der Schweiz aufhält. Vorangegangene Aufenthalte als Asyl Suchende oder als vorläufig Aufgenommene sind an diese First anzurechnen, nicht aber illegale Aufenthalte. Durch die hier statuierte stipendienrechtliche Regelung werden Personen, die aus Nichtvereinbarungsstaaten (z. B. Ex-Jugoslawien, Türkei, afrikanische Staaten) stammen, Personen aus Vereinbarungsstaaten (z. B. USA, Kanada), deren Bürgerinnen und Bürger die Niederlassungsbewilligung bereits nach 5 Jahren erhalten, gleichgestellt.

*litera d:* In der Schweiz wohnhafte und von ihr anerkannte Flüchtlinge und Staatenlose.

*litera e:* Personen aus EU- und EFTA-Staaten können sich auf die bilateralen Abkommen berufen. Das Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz, der EG und ihren Mitgliedstaaten (FZA), sowie das EFTA-Übereinkommen enthalten unter anderem Bestimmungen, die in Bezug auf die Stipendienberechtigung von in der Schweiz lebenden EU- und EFTA-Staatsangehörigen von Bedeutung sind. Die Regeln gelten für Bürgerinnen und Bürger aller EU- und EFTA-Länder. Personen aus Abkommensstaaten sind Schweizer Bürgerinnen und Bürgern gleichgestellt, wenn es sich um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus EU- und EFTA-Staaten und deren Kinder handelt, die in der Schweiz Wohnsitz haben.

Gemäss *Absatz 2* sind Personen, die sich ausschliesslich zu Ausbildungszwecken in der Schweiz aufhalten (*Absatz 1 litera c*), nicht beitragsberechtigt

(Artikel 26 ZGB). *Absatz 3* definiert denjenigen Kanton, in welchem ein Gesuch um Ausbildungsbeiträge gestellt werden muss: Der Kanton, in welchem der stipendienrechtliche Wohnsitz der Person in Ausbildung liegt.

### **Art. 6 Stipendienrechtlicher Wohnsitz**

*Artikel 6* regelt den stipendienrechtlichen Wohnsitz. Grundlage für die Regelung des stipendienrechtlichen Wohnsitzes sind die entsprechenden Bestimmungen des Ausbildungsbeitragsgesetzes des Bundes vom 6. Oktober 2006 im tertiären Bildungsbereich. Zur Ermittlung des stipendienrechtlichen Wohnsitzes wird in erster Linie auf den Wohnsitzkanton der Eltern (bzw. der Inhaber der elterlichen Sorge) der Person in Ausbildung abgestellt (*Absatz 1 litera a*), bei Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer auf den Heimatkanton (*Absatz 1 litera b*). Für anerkannte Flüchtlinge und Staatenlose, die mündig sind und deren Eltern nicht in der Schweiz wohnen, gilt der Zuweisungskanton als stipendienrechtlicher Wohnsitz (*Absatz 1 litera c*). *Absatz 1 litera d* bezieht sich auf Personen, die eine erste berufsbefähigende Ausbildung (anerkannter Abschluss, der zur Berufsausübung befähigt) abgeschlossen haben und – vor Beginn der anerkannten Ausbildung, für welche Ausbildungsbeiträge verlangt werden – während mindestens zweier voller Jahre in einem bestimmten Kanton gewohnt und gearbeitet haben bzw. aufgrund eigener Erwerbstätigkeit finanziell unabhängig waren. Sind diese Voraussetzungen gegeben, liegt der stipendienrechtliche Wohnsitz in diesem (Wohnort)Kanton. In *Absatz 2* ist das Vorgehen bei getrennt lebenden Eltern mit Wohnsitz in verschiedenen Kantonen festgelegt. *Absatz 3* ist relevant für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer mit mehreren Heimatkantonen. *Absatz 4* unterstreicht den Zweck des stipendienrechtlichen Wohnsitzes, wonach ein Kanton für jede Person in Ausbildung zuständig sein muss. Es soll insbesondere verhindert werden, dass eine Person bei einem Kantonswechsel keinen stipendienrechtlichen Wohnsitz mehr hat oder mehrere solche erwerben kann.

### **Art. 7 Eigene Erwerbstätigkeit**

*Artikel 7* konkretisiert Modalitäten im Zusammenhang mit der Bestimmung des stipendienrechtlichen Wohnsitzes in bestimmten Fallkonstellationen. So wird unter dem Aspekt der finanziellen Unabhängigkeit eine vier Jahre umfassende Erwerbstätigkeit in einem Kanton gleich gesetzt mit einer abgeschlossenen ersten berufsbefähigenden Ausbildung, wobei als «Erwerbstätigkeit» (recte «finanzielle Unabhängigkeit») auch das Führen eines eigenen Haushaltes mit Unmündigen oder Pflegebedürftigen, Militär- und Zivildienst sowie Arbeitslosigkeit gilt. Artikel 7 hat den Zweck, dass ein Wohnortskanton dann stipendienrechtlicher Wohnsitz im Sinn von Artikel 6 Absatz 1 litera d wird, wenn eine Person während längerer Zeit – in An-

wendung von Artikel 6 Absatz 1 litera d sind sechs Jahre Erwerbstätigkeit Voraussetzung – in einem Kanton erwerbstätig gewesen ist.

### **Art. 8 Beitragsberechtigte Ausbildungen**

Beitragsberechtigt sind zumindest Ausbildungen der Sekundarstufe II und der Tertiärstufe. Ebenfalls beitragsberechtigt sind obligatorische studienvorbereitende Massnahmen, die zu einer anerkannten Ausbildung gemäss Artikel 9 führen sowie Passerellenangebote und Brückenangebote. Beitragsberechtigt sind Ausbildungen bis einschliesslich des ersten Masterabschlusses auf der Tertiärstufe A (Abschluss einer Universität, ETH oder Fachhochschule). Auf der Tertiärstufe B ist die eidgenössische Berufsprüfung (wird mit dem eidgenössischen Fachausweis abgeschlossen, z. B. Bankfachmann, Logistikfachfrau, Polizist) bzw. die eidgenössische höhere Fachprüfung (wird mit dem eidgenössischen Diplom abgeschlossen; auch als Meisterprüfung bekannt, z. B. dipl. Küchenchefin, dipl. Logistikleiter, dipl. Hauswirtschaftsleiterin) oder der Abschluss einer Höheren Fachschule (z. B. dipl. Techniker HF, dipl. Pflegefachfrau HF) der Erstabschluss. Zu beachten ist, dass ein Studium an einer Universität oder Fachhochschule, welches auf einen Abschluss auf der Tertiärstufe B folgt, ebenfalls beitragsberechtigt ist.

### **Art. 9 Anerkannte Ausbildungen**

*Artikel 9* betrifft einerseits Ausbildungen in der Schweiz, andererseits aber auch Ausbildungen im Ausland: Schweizerisch – durch interkantonale Vereinbarungen – oder eidgenössisch anerkannte Ausbildungen auf der Sekundarstufe II sind beitragsberechtigt. Die stipendienrechtliche Anerkennung einer Ausbildung durch einen einzelnen Kanton führt demgegenüber nicht zur Anerkennung von allen Vereinbarungskantonen gemäss Artikel 9 Absatz 1. Auf der *Tertiärstufe* zählen zum Kreis von Ausbildungen, die eidgenössisch oder schweizerisch anerkannt werden können: *Ausbildungen an Eidgenössischen Technischen Hochschulen, eidgenössische Berufsprüfungen und höhere Fachprüfungen, Studien an Höhere Fachschulen, Fachhochschulen* (allenfalls Akkreditierung auf der Grundlage von Art. 17 lit. a FHSG), *Lehrerinnen- und Lehrerbildung, Ausbildungen für Berufsbildungsverantwortliche, Universitäre Hochschulen*. Auf der *Sekundarstufe II* zählen zu diesem Kreis: *Ausbildungen an gymnasialen Mittelschulen oder an Fachmittelschulen, die berufliche Grundbildung, Berufsmaturität*. Durch das Konkordat offen gelassen ist die Frage, ob ein Kanton auch die Vorbereitung von eidgenössischen Berufsprüfungen und eidgenössischen höheren Fachprüfungen (diese wird prinzipiell an privaten Instituten angeboten) anerkennt. Zu den anerkannten Ausbildungen können schliesslich auch Ausbildungen im Ausland zählen, sofern Gleichwertigkeit festgestellt werden kann. Zu berücksichtigen sind auch die in Artikel 14 genannten Grundsätze.

Für die Feststellung der Gleichwertigkeit im Stipendienbereich gibt es keine einheitlichen Kriterien. Gegebenenfalls können die Kriterien betreffend die Gleichwertigkeit von Ausbildungsabschlüssen gemäss den EU-Richtlinien 89/48/EWG, 92/51/EWG und 2001/19/EG beigezogen werden, da im Rahmen der Anerkennungsverfahren betreffend ausländische Berufsdiplome (Personenfreizügigkeitsabkommen CH–EU) gestützt auf die genannten EU-Richtlinien die Ausbildungsstufe, die Ausbildungsdauer, die Ausbildungsinhalte und die mit dem Abschluss verbundene Berufsberechtigung geprüft werden. In jedem Fall liegt es an der jeweiligen kantonalen Behörde, zu entscheiden, ob in stipendienrechtlicher Hinsicht eine Gleichwertigkeit gegeben ist oder nicht.

#### **Art. 10 Erst- und Zweitausbildung, Weiterbildungen**

*Artikel 10* sieht vor, dass Ausbildungsbeiträge grundsätzlich für die erste beitragsberechtigte Ausbildung entrichtet werden. Zweitausbildungen (z. B. ein zweites Hochschulstudium), Weiterbildungen (z. B. Nachdiplomstudien oder Master of Advanced Studies) werden von der Vereinbarung jedoch nicht erfasst.

#### **Art. 11 Voraussetzungen im Bezug auf die Ausbildung**

*Artikel 11* legt fest, dass die in der Vereinbarung geregelten Ausbildungsbeiträge grundsätzlich keine Leistungsstipendien sind, welche z. B. nur bei Erreichen eines sehr hohen Notendurchschnittes vergeben werden. Ausbildungsbeiträge werden ausgerichtet, wenn die Aufnahme- und Promotionsbedingungen erfüllt sind.

### **3. Ausbildungsbeiträge**

#### **Art. 12 Form der Ausbildungsbeiträge und Alterslimite**

*Artikel 12* umschreibt in Absatz 1 die Ausdrücke «Stipendien» und «Darlehen» mit einer Art stipendienrechtlicher Legaldefinition. Absatz 2 legt eine Alterslimite für die Vergabe von Stipendien fest, wobei die Grenze von 35 Jahren bei Beginn der Ausbildung nicht unterschritten werden darf. Überschreitet eine Person die Alterslimite während der Ausbildung, werden die Ausbildungsbeiträge für die gesamte Ausbildungszeit gewährt. Die Kantone sind frei bei der Festlegung einer Alterslimite für Darlehen.

#### **Art. 13 Dauer der Beitragsberechtigung**

*Artikel 13* regelt die Dauer, während der Ausbildungsbeiträge vergeben werden. Absatz 1 hält fest, dass bei mehrjährigen Ausbildungsgängen der Anspruch bis zwei Semester über die Regelstudiendauer hinaus besteht. Dies

entspricht den Bestimmungen des Ausbildungsbeitragsgesetzes des Bundes vom 6. Oktober 2006. Gemäss Absatz 2 geht der Anspruch auf Ausbildungsbeiträge auch dann nicht verloren, wenn die Ausbildung einmal gewechselt wird. Bei einem Ausbildungswechsel ist die Dauer der neuen Ausbildung massgebend. Gemäss Absatz 1 sind Ausbildungsbeiträge zwei Semester über die reguläre Dauer dieser Ausbildung zu gewähren, falls es sich um einen mehrjährigen Ausbildungsgang handelt. Die Kantone haben die Möglichkeit, die Zeit der ersten Ausbildung in Abzug zu bringen.

#### **Art. 14 Freie Wahl von Studienrichtung und Studienort**

*Artikel 14* statuiert die freie Wahl von anerkannten Ausbildungen – Studienrichtung und Studienort. Wenn die Person in Ausbildung sich gegen die kostengünstigste Variante entscheidet, sind die Kantone hingegen nicht verpflichtet, die Mehrkosten zu tragen (Absatz 2). Sie müssen lediglich diejenigen persönlichen Kosten der Person in Ausbildung berücksichtigen, welche auch bei der kostengünstigsten Lösung (z.B. staatliche Schule anstatt Privatschule) angefallen wären. Wenn die Person in Ausbildung sich dafür entscheidet, nicht die nächstgelegene Ausbildungsstätte zu besuchen (z.B. Hochschule in einem anderen Kanton), sind die Kantone aufgrund der vorliegenden Mindestvorschrift ebenfalls lediglich dazu verpflichtet, den Ausbildungsbeitrag auszurichten, welcher beim Besuch der näher gelegenen Bildungsanstalt angefallen wäre (keine Verpflichtung von Übernahme von zusätzlichen Wegkosten oder Kosten für auswärtige Logis). Gemäss Absatz 3 wird bei Ausbildungen im Ausland vorausgesetzt, dass die Person in Ausbildung die Aufnahmebedingungen für eine gleichwertige Ausbildung in der Schweiz ebenfalls erfüllt. Bei Ausland- oder Fremdsprachenaufhalten, die Bestandteil der Ausbildung sind, werden in der Regel die vollen Kosten berücksichtigt.

#### **Art. 15 Höchstansätze für Ausbildungsbeiträge**

*Artikel 15* fixiert die jährlichen Höchstansätze für Ausbildungsbeiträge. Es handelt sich um Mindeststandards, die Vereinbarungskantone können die in Absatz 1 statuierten Beträge über- aber nicht unterschreiten. Höchstansätze sind so zu verstehen, dass sie unter besonderen Bedingungen angewendet werden, auf der Sekundarstufe II z.B., wenn die Person in Ausbildung aus zwingenden Gründen ausserhalb des Elternhauses leben muss. Absatz 2 sieht eine Erhöhung der Ansätze gemäss Absatz 1 vor, wenn die Person in Ausbildung gegenüber Kindern unterhaltspflichtig ist. Absatz 3 ordnet der Konferenz der Vereinbarungskantone die Kompetenz zu, die Höchstansätze für Ausbildungsbeiträge mit  $\frac{2}{3}$ -Mehrheit an die Teuerung anzupassen. Absatz 4 lässt für die Tertiärstufe auch ein Splitting des Ausbildungsbeitrages in Stipendien und Darlehen zu. Mindestens zwei Drittel des

Ausbildungsbeitrages sollen jedoch in Form von Stipendien geleistet werden. Bei Ausbildungsbeiträgen, welche die Höchstansätze übertreffen, sind die Kantone nach Absatz 5 frei bezüglich der Ausgestaltung des Verhältnisses Stipendien/Darlehen.

#### **Art. 16 Besondere Ausbildungsstruktur**

*Artikel 16* setzt eine Bestimmung des Ausbildungsbeitragsgesetzes des Bundes vom 6. Oktober 2006 um, welche für die Kantone zumindest für die Tertiärstufe verbindlich ist. Im Ausbildungsbeitragsgesetz ist hingegen lediglich festgehalten, dass besonders ausgestalteten Studiengängen Rechnung zu tragen ist. Die vorliegende Bestimmung geht mit den Konkretisierungen in Absatz 2 weiter als die bundesrechtliche Regelung. Absatz 2 trägt den gesellschaftlichen Entwicklungen zu Teilzeitausbildungen (inklusive berufsbegleitende Ausbildungen) Rechnung: In begründeten Fällen muss die beitragsberechtigte Studienzeit verlängert werden, wobei die zuständigen kantonalen Behörden einen Nachweis dafür verlangen können, dass eine Ausbildung tatsächlich wegen Betreuungspflichten oder anderen wichtigen Gründen als Teilzeitstudium absolviert werden muss.

### **4. Bemessung der Beiträge**

#### **Art. 17 Bemessungsgrundsatz**

*Artikel 17* stellt klar, dass Ausbildungsbeiträge nur einen *Beitrag* an die Studien- und Lebenshaltungskosten einer Person in Ausbildung darstellen und nicht die gesamten mit der Ausbildung verbundenen Kosten decken.

#### **Art. 18 Berechnung des finanziellen Bedarfs**

*Artikel 18* umschreibt, wie der finanzielle Bedarf einer gesuchstellenden Person in Ausbildung berechnet wird. Ausgangspunkt ist in *Absatz 1* der Grundsatz, wonach Ausbildungsbeiträge vor allem auf Grund der zumutbaren Eigenleistung der Person in Ausbildung und der Fremdleistung der Eltern anhand einer Fehlbetragsrechnung berechnet werden. Bei der Fehlbetragsrechnung werden die Kosten für die Ausbildung und die Lebenshaltung der Person in Ausbildung den Eigen- und Fremdleistungen gegenübergestellt. Falls eine Differenz entsteht, wird ein Ausbildungsbeitrag in entsprechender Höhe gewährt. Zudem werden in Absatz 1 zwei Grundsätze definiert, welche die Vereinbarungskantone bei der Festlegung der Höhe der kantonalen Ausbildungsbeiträge berücksichtigen müssen.

Zunächst bestimmt litera a, dass Ausbildungsbeiträge – zusammen mit der Leistung, welche den Eltern zugemutet werden kann – im Minimum die Ausbildungskosten und die ausbildungsbedingten Lebenshaltungskosten der

Person in Ausbildung decken sollen. Unter Ausbildungskosten fallen Studiengebühren, Kosten für Schulmaterial, studienbedingte Transportkosten oder Kosten für auswärts eingenommene Mahlzeiten. Unter Lebenshaltungskosten fallen Kosten für Kleider, medizinische Versorgung, Kommunikationskosten, Taschengeld und (falls bedingt durch einen unzumutbar langen Schulweg oder wegen anderer Gründen auswärtiges Wohnen notwendig ist) die Mietkosten, sowie Kosten für den Unterhalt des eigenen Haushaltes. Die Ausbildungskosten und die Lebenshaltungskosten werden separat berechnet. Für die Person in Ausbildung wird eine zumutbare Eigenleistung berechnet. Zum Beispiel kann vorhandenes Vermögen vom Ausbildungsbeitrag abgezogen werden und ebenfalls ein Teil des Einkommens, welches die Person in Ausbildung erwirtschaftet. Bei Erwerbseinkommen ausserhalb des Ausbildungsvertrages bleibt Absatz 3 vorbehalten. Der Person in Ausbildung kann zugemutet werden, prinzipiell einen Teil der Ausbildungs- und Lebenshaltungskosten durch eigene Erwerbstätigkeit zu decken. Bei Personen, die vor der Ausbildung oder während eines Studienunterbruchs während mehreren Jahren erwerbstätig gewesen sind, können die Kantone als Mittel zur Missbrauchsbekämpfung in speziellen Fällen das Instrument des hypothetischen Einkommens und Vermögens einsetzen. Insbesondere bei einem Unterbruch zwischen dem Bachelor- und dem Masterstudium. Es ist zu beachten, dass der Masterabschluss auch bei Vorliegen eines längeren Unterbruchs als Erstabschluss zu definieren ist.

Nach litera b darf der Grundbedarf der Familie oder der gesetzlich verpflichteten Dritten – dieser setzt sich zur Hauptsache aus Miete, Lebenshaltungskosten, Versicherungen, Steuern und Sozialauslagen zusammen – nicht angetastet werden. Dem Grundbedarf stehen die verfügbaren Mittel der Familie oder der verpflichteten Dritten gegenüber. Die gesamten Mittel, welche den Grundbedarf der Familie übersteigen, bilden den maximalen Elternbeitrag, welcher gemäss dieser Vereinbarung angerechnet werden kann. Damit das Stipendiensystem tatsächlich ein System der Ausbildungsförderung ist, welches nicht ausschliesslich Personen berücksichtigt, welche gerade am Existenzminimum leben, wird empfohlen, nicht den grösstmöglichen Elternbeitrag anzurechnen. Die Eltern sind dazu verpflichtet, mit den errechneten Mitteln, welche den Elternbeitrag bilden, die Ausbildung ihrer Kinder zu unterstützen. Nur wenn der Elternbeitrag nicht ausreicht, um die Lebenshaltungskosten und die Ausbildungskosten zu decken, werden Ausbildungsbeiträge ausbezahlt. Das Vorgehen bei Familien mit Kindern in Ausbildung, die das Existenzminimum nicht erreichen, ist in dieser Vereinbarung nicht geregelt und nicht Teil des Ausbildungsbeitragswesens im Sinne der Vereinbarung. Es steht den Kantonen frei, inwieweit solche Fehlbeträge durch Ausbildungsbeiträge und/oder durch andere Quellen gedeckt werden. Da Ausbildungsbeiträge die Ausbildungsförderung zum Hauptzweck haben und

nicht die materielle Existenzsicherung der Familie der Person in Ausbildung, werden solche Kosten prinzipiell nicht vom Stipendienwesen übernommen.

Absatz 2 hält fest, dass die Kantone Pauschalierungen vornehmen können, um den Verwaltungsaufwand klein zu halten. Absatz 3 regelt Fragen betreffend den Zusatzverdienst von Personen in Ausbildung. Da Ausbildungsbeiträge subsidiären Charakter haben, muss es für Personen in Ausbildung möglich sein, einen Teil ihrer Ausgaben durch Erwerbsarbeit zu decken. In diesem Sinne ist Absatz 3 zu verstehen. Der gemäss Absatz 1 berechnete Ausbildungsbeitrag kann demnach erst ab einem bestimmten effektiven Einkommen der Person in Ausbildung gekürzt werden.

Die durchschnittlichen Kosten für ein Studium einer auswärts wohnenden Person betragen gemäss der BfS-Studie «Soziale Lage der Studierenden in der Schweiz 2005» CHF 23 000.– (BfS: 2006). Falls diese Kosten nicht mit Ausbildungsbeiträgen und übrigen Einnahmen (=Lehrlingslohn, Renten, Alimente jedoch ohne Elternbeitrag) gedeckt werden können, muss es für die Person in Ausbildung möglich sein, den Fehlbetrag mittels Nebenerwerb zu erwirtschaften, ohne dass der Ausbildungsbeitrag deshalb gekürzt wird. Beispiel: Eine Studentin erhält das Maximalstipendium von CHF 16 000.–. Sie kann CHF 7 000.– dazu verdienen und behält das volle Stipendium. Verdient sie hingegen CHF 8 000.–, so kann das Stipendium um höchstens CHF 1 000.– gekürzt werden.

Die Anrechnung einer minimalen Eigenleistung ist unabhängig vom tatsächlichen Verdienst der Person in Ausbildung möglich. Gemäss Artikel 16 Absatz 1 und Artikel 18 Absatz 1 litera a ist der Ausbildungsstruktur Rechnung zu tragen. Die Kantone können die minimale Eigenleistung z.B. bei Teilzeitstudien erhöhen, andererseits ist darauf zu achten, dass diese so ausgestaltet wird, dass sie auch von Personen, welche eine Vollzeitausbildung absolvieren, z.B. durch Ferienverdienst, problemlos erbracht werden kann.

### **Art. 19 Teilweise elternunabhängige Berechnung**

Als teilweise elternunabhängig im Sinne von *Artikel 19* gilt eine Person, wenn sie das 25. Altersjahr vollendet hat, eine erste berufsbefähigende Ausbildung abgeschlossen hat, vor Beginn der neuen Ausbildung während zwei Jahren unabhängig von ihren Eltern lebte und sich dabei nicht in einer Ausbildung befand, welche zu einem anerkannten Abschluss führt. Als berufsbefähigende erste Ausbildung gilt die Ausbildung bis zum vom Bund oder vom Kanton anerkannten Abschluss, der zur Berufsausübung befähigt. Eine Berufslehre gilt z.B. als berufsbefähigende erste Ausbildung. Eine Person, welche eine Berufsmatura absolviert hat und nach zweijähriger Erwerbstätigkeit eine Fachhochschule besucht, würde demzufolge als teilweise elternunabhängig gelten. Diese Person würde sich nach wie vor in der Erstausbildung befinden. Gemäss der elternunabhängigen Berechnung würden

die Kantone die finanziellen Verhältnisse der Eltern aber nur teilweise in die Stipendienberechnung einbeziehen, dafür kann bei einer solchen Berechnung z. B. die Eigenleistung der Person in Ausbildung stärker berücksichtigt werden. Diese Vereinbarung regelt nur Fälle teilweiser Elternunabhängigkeit von Personen, welche sich noch in der Erstausbildung gemäss Artikel 10 dieser Vereinbarung befinden.

## 5. Vollzug

### **Art. 20 Konferenz der Vereinbarungskantone**

*Artikel 20* sieht für bestimmte Vollzugsaufgaben – nämlich die Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung der Höchstansätze gemäss Artikel 15 und den Erlass von Empfehlungen für die Berechnung der Ausbildungsbeiträge – eine Konferenz vor, die mit je einer Vertretung aus den Vereinbarungskantonen besetzt ist. Für die Anpassung der Höchstansätze bedarf es einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder der Konferenz der Vereinbarungskantone.

### **Art. 21 Geschäftsstelle**

Gemäss *Artikel 21* soll das Generalsekretariat der EDK – wie bei den Freizügigkeits- und Finanzierungsabkommen – als Geschäftsstelle die laufenden Vollzugsarbeiten, unter anderem die Vorbereitung der Geschäfte der Konferenz der Vereinbarungskantone, erledigen. Die Kosten dieser Geschäftsstelle sollen – auch dies in Analogie zu den Freizügigkeits- und Finanzierungsabkommen der Kantone – von den Vereinbarungskantonen nach Massgabe der Einwohnerzahl getragen werden.

### **Art. 22 Schiedsinstanz**

Das in *Artikel 22* vorgesehene Schiedsgericht soll allfällige Streitigkeiten zwischen den Vereinbarungskantonen, die sich aus der Anwendung oder der Auslegung der Vereinbarung ergeben, endgültig entscheiden.

## 6. Übergangs- und Schlussbestimmungen

### **Art. 23–24 Beitritt – Austritt**

*Artikel 23* bestimmt, dass der Beitritt zur Vereinbarung von der Kantonsregierung dem Vorstand der EDK gegenüber erklärt wird und Artikel 24 regelt die Modalitäten eines Austritts.

## **Art. 25 Umsetzungsfrist**

*Artikel 25* gewährt den Vereinbarungskantonen eine Zeitspanne für die Umsetzung der Interkantonalen Vereinbarung ins kantonale Recht. Kantone, die bei Inkrafttreten der Vereinbarung bereits Vereinbarungskanton sind, haben die maximale Umsetzungsfrist von fünf Jahren. Kantone, die später als zwei Jahre nach Inkrafttreten beitreten, eine Umsetzungsfrist von drei Jahren.

## **Art. 26 Inkrafttreten**

Gemäss *Artikel 26* kann die Vereinbarung in Kraft treten, sobald ihr zehn Kantone beigetreten sind. Die formelle Inkraftsetzung der Vereinbarung bedarf eines Beschlusses des EDK-Vorstands. Absatz 2 enthält auf Konkordatebene insofern eine Einschränkung, als das Inkrafttreten von Artikel 8 Absatz 2 litera b vom Abschluss einer interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die höhere Berufsbildung abhängig gemacht wird. Gemäss Artikel 48 Absatz 3 BV ist das Inkrafttreten dem Bund zur Kenntnis zu bringen.

## **IV. Zuständigkeit für die Erklärung des Beitritts des Kantons Graubünden zum Stipendienkonkordat**

Rechtsetzende Konkordate unterliegen gemäss der Kantonsverfassung dem obligatorischen Referendum (mit verfassungsänderndem Inhalt; Art. 16 Ziff. 2 KV), dem fakultativen Referendum (mit gesetzesänderndem Inhalt; Art. 17 Abs. 1 Ziff. 2 KV) oder gar keinem Referendum (mit verordnungsänderndem Inhalt; Art. 32 Abs. 2 und Art. 45 Abs. 2 KV). Im Folgenden ist somit zu prüfen, welchen Bestimmungen ein verfassungs-, gesetzes- oder verordnungsändernder Inhalt zukommt. Im Sinn der angestrebten Einheitlichkeit der Rechtsetzungszuständigkeiten ist somit zu fragen, auf welcher Stufe vergleichbare kantonale Regelungen zu erlassen wären.

Aufgrund des Inhalts des Stipendienkonkordats und Art. 31 KV ergibt sich, dass entsprechende Regelungen sicherlich nicht auf Verordnungsstufe erlassen werden könnten, da sie primäre Normen enthalten und Rechte und Pflichten von Privaten statuieren. An dieser Beurteilung ist auch festzuhalten, wenn wie i.c. das kantonale Recht bei einem Beitritt nicht angepasst werden muss, weil die entsprechenden kantonalen Bestimmungen bereits konkordatskonform sind.

Ein verfassungsändernder Charakter wird in der Lehre etwa bei folgenden Regelungen angenommen: Schaffung eines obersten Staatsorgans (interkantonales Parlament oder interkantonales Gericht), Ermächtigung von Konkordatsorganen zum Erlass von wichtigen Bestimmungen, Schaffung

von interkantonalen Volksrechten oder Delegation von bedeutenden hoheitlichen Aufgaben an überkantonale Organe. Das Stipendienkonkordat enthält keine Bestimmung, die als verfassungsrelevant zu qualifizieren wäre. Dies gilt auch für die Schiedsgerichtsklausel, da das Schiedsgericht einzig für Auslegungstreitigkeiten zwischen einzelnen Vertragsparteien zuständig ist. Der Weiterzug von individuellen Verfügungen erfolgt weiterhin nach dem kantonalen Rechtsmittelweg.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass das Stipendienkonkordat als Vertrag mit gesetzesänderndem Charakter zu qualifizieren ist. Der Beitritt zu diesem Konkordat unterliegt gestützt auf Art. 17 Abs. 1 Ziff. 2 KV dem fakultativen Referendum.

## **V. Finanzielle und personelle Auswirkungen**

Als rechtsetzende Vereinbarung sieht das Stipendienkonkordat vor, dass die Vereinbarungspartner ihr kantonales Recht konkordatskonform ausgestalten. Dem kantonalen Gesetzgeber belässt es in zeitlicher und inhaltlicher Hinsicht einen Spielraum für die Verwirklichung der angestrebten Vereinheitlichung. Die vorgenommene Überprüfung hat ergeben, dass das Stipendiengesetz des Kantons Graubünden vom 5. Dezember 2006 konkordatskonform ist; dies gilt insbesondere im finanziell sensitiven Bereich der Mindestansätze für Maximalstipendien. Konkordatskonform sind ebenfalls die im kantonalen Recht enthaltenen – mit finanziellen Auswirkungen verbundenen – Alterslimiten sowie die Grundlagen für die Berechnung und Bemessung von Stipendien.

Zu rechnen ist somit lediglich mit jenen Kosten, die aus dem Führen der Geschäftsstelle durch das Generalsekretariat der EDK (vgl. dazu Art. 21 des Stipendienkonkordats) anfallen und von den Vereinbarungskantonen nach Massgabe der Einwohnerzahl getragen werden. Diese Kosten dürften für Graubünden nicht zuletzt angesichts der Aufgaben der Geschäftsstelle kaum nennenswert sein.

Der Beitritt zum Stipendienkonkordat hat keine personellen Auswirkungen.

## **VI. Berücksichtigung der Grundsätze «VFRR»**

Bei der Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen handelt es sich um ein Konkordat, welches nicht daraufhin überprüft werden kann, ob die im Projekt Verwesentlichung und Flexibilisierung der Rechtsetzung und Rechtsanwendung (VFRR) entwickelten Grundsätze und Vorgaben beachtet sind.

## **VII. Anträge**

Gestützt auf diese Botschaft beantragen wir Ihnen:

1. Auf die Vorlage einzutreten;
2. dem Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendienkonkordat) vom 18. Juni 2009 gemäss beiliegendem Beschlussentwurf zuzustimmen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung  
Der Präsident: *Lardi*  
Der Kanzleidirektor: *Riesen*

## **Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen vom 18. Juni 2009**

vom ...

---

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 32 Abs. 2 der Kantonsverfassung,  
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 12. Januar 2010

beschliesst:

1. Der Kanton Graubünden tritt der Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen vom 18. Juni 2009 bei.
2. Die Regierung wird ermächtigt, den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen vom 18. Juni 2009 zu erklären.
3. Die Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.



# Interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen

Vom 18. Juni 2009

---

## I. Zweck und Grundsätze

### Art. 1

Die Vereinbarung fördert die gesamtschweizerische Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen auf der Sekundarstufe II und auf der Tertiärstufe, insbesondere durch

Vereinbarungszweck

- a) die Festlegung von Mindestvoraussetzungen bezüglich der beitragsberechtigten Ausbildungen, der Form, der Höhe und der Bemessung sowie der Dauer der Beitragsberechtigung,
- b) die Definition des stipendienrechtlichen Wohnsitzes und
- c) die Zusammenarbeit unter den Vereinbarungskantonen und mit dem Bund.

### Art. 2

Mit der Gewährung von Ausbildungsbeiträgen soll das Bildungspotenzial auf gesamtschweizerischer Ebene besser genutzt werden. Insbesondere sollen

Wirkungsziele von Ausbildungsbeiträgen

- a) die Chancengleichheit gefördert,
- b) der Zugang zur Bildung erleichtert,
- c) die Existenzsicherung während der Ausbildung unterstützt,
- d) die freie Wahl der Ausbildung und der Ausbildungsstätte gewährleistet und
- e) die Mobilität gefördert werden.

### Art. 3

Ausbildungsbeiträge werden ausgerichtet, wenn die finanzielle Leistungsfähigkeit der betroffenen Person, ihrer Eltern und anderer gesetzlich Verpflichteter oder die entsprechenden Leistungen anderer Dritter nicht ausreichen.

Subsidiarität der Leistung

### Art. 4

<sup>1</sup> Im Hinblick auf die angestrebte Harmonisierung der Ausbildungsbeiträge fördern die Vereinbarungskantone im Bereich der Ausbildungs-

Zusammenarbeit

beiträge die Zusammenarbeit sowie den Informations- und Erfahrungsaustausch untereinander, mit dem Bund und mit schweizerischen Gremien.

<sup>2</sup> Die Vereinbarungskantone leisten sich gegenseitig Amtshilfe.

## II. Beitragsberechtigung

### Art. 5

Beitragsberechtigte Personen

<sup>1</sup> Beitragsberechtigte Personen sind:

- a) Personen mit schweizerischem Bürgerrecht und Wohnsitz in der Schweiz, unter Vorbehalt von litera b,
- b) Schweizer Bürgerinnen und Bürger, deren Eltern im Ausland leben oder die elternlos im Ausland leben, für Ausbildungen in der Schweiz, sofern sie an ihrem ausländischen Wohnsitz wegen fehlender Zuständigkeit nicht beitragsberechtigt sind,
- c) Personen mit ausländischem Bürgerrecht, die über eine Niederlassungsbewilligung verfügen oder seit fünf Jahren in der Schweiz aufenthaltsberechtigt sind und über eine Aufenthaltsbewilligung verfügen,
- d) in der Schweiz wohnhafte und von ihr anerkannte Flüchtlinge und Staatenlose,
- e) Bürgerinnen und Bürger von EU-/EFTA-Mitgliedstaaten, soweit sie gemäss dem Freizügigkeitsabkommen<sup>1</sup> bzw. dem EFTA-Übereinkommen<sup>2</sup> zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und den EU-/EFTA-Mitgliedstaaten in der Frage der Stipendien und Studendarlehen den Schweizer Bürgerinnen und Bürger gleichgestellt sind sowie Bürgerinnen und Bürger aus Staaten, mit denen entsprechende internationale Abkommen geschlossen wurden.

<sup>2</sup> Personen, die sich ausschliesslich zu Ausbildungszwecken in der Schweiz aufhalten, sind nicht beitragsberechtigt.

<sup>3</sup> Ein Gesuch um die Gewährung von Ausbildungsbeiträgen ist in demjenigen Kanton zu stellen, in welchem die Person in Ausbildung den stipendienrechtlichen Wohnsitz hat.

### Art. 6

Stipendienrechtlicher Wohnsitz

<sup>1</sup> Als stipendienrechtlicher Wohnsitz gilt

- a) unter Vorbehalt von litera d der zivilrechtliche Wohnsitz der Eltern oder der Sitz der zuletzt zuständigen Vormundschaftsbehörde,
- b) unter Vorbehalt von litera d für Schweizer Bürgerinnen und Bürger, deren Eltern nicht in der Schweiz Wohnsitz haben oder die elternlos im Ausland wohnen: der Heimatkanton,

---

<sup>1</sup>SR 0142.112.681

<sup>2</sup>SR 0.632.31

- c) unter Vorbehalt von litera d der zivilrechtliche Wohnsitz für mündige, von der Schweiz anerkannte Flüchtlinge und Staatenlose, deren Eltern im Ausland Wohnsitz haben oder die verwaist sind; für Flüchtlinge gilt diese Regel, wenn sie dem betreffenden Vereinbarungskanton zur Betreuung zugewiesen sind; sowie
- d) der Wohnortskanton für mündige Personen, die nach Abschluss einer ersten berufsbefähigenden Ausbildung und vor Beginn der Ausbildung, für die sie Stipendien oder Studiendarlehen beanspruchen, während mindestens zwei Jahren in diesem Kanton wohnhaft und dort auf Grund eigener Erwerbstätigkeit finanziell unabhängig waren.

<sup>2</sup> Bei Eltern mit zivilrechtlichem Wohnsitz in verschiedenen Kantonen ist der Wohnsitz des/der bisherigen oder letzten Inhabers/Inhaberin der elterlichen Sorge massgebend oder, bei gemeinsamer elterlicher Sorge, der Wohnsitz desjenigen Elternteils, unter dessen Obhut die Person in Ausbildung hauptsächlich steht oder zuletzt stand. Begründen die Eltern ihren Wohnsitz in verschiedenen Kantonen erst nach Mündigkeit der gesuchstellenden Person, ist der Kanton desjenigen Elternteils zuständig, bei welchem sich diese hauptsächlich aufhält.

<sup>3</sup> Bei mehreren Heimatkantonen gilt das zuletzt erworbene Bürgerrecht.

<sup>4</sup> Der einmal begründete stipendienrechtliche Wohnsitz bleibt bis zum Erwerb eines neuen bestehen.

#### Art. 7

<sup>1</sup> Vier Jahre finanzielle Unabhängigkeit durch eigene Erwerbstätigkeit entspricht einer abgeschlossenen ersten berufsbefähigenden Ausbildung. Eigene Erwerbstätigkeit

<sup>2</sup> Als Erwerbstätigkeit gelten auch das Führen eines eigenen Haushaltes mit Unmündigen oder Pflegebedürftigen, Militär- und Zivildienst sowie Arbeitslosigkeit.

#### Art. 8

<sup>1</sup> Beitragsberechtigt sind zumindest folgende Lehr- und Studienangebote, wenn sie gemäss Artikel 9 anerkannt sind: Beitragsberechtigte Ausbildungen

- a) die für das angestrebte Berufsziel verlangte Ausbildung auf der Sekundarstufe II und auf der Tertiärstufe,
- b) die für die Ausbildung obligatorischen studienvorbereitenden Massnahmen auf der Sekundarstufe II und auf der Tertiärstufe sowie Passerellen und Brückenangebote.

<sup>2</sup> Die Beitragsberechtigung endet:

- a) auf der Tertiärstufe A mit dem Abschluss eines Bachelor- oder eines darauf aufbauenden Masterstudiums,
- b) auf der Tertiärstufe B mit der eidgenössischen Berufsprüfung und der eidgenössischen höheren Fachprüfung sowie mit dem Diplom einer höheren Fachschule.

<sup>3</sup> Ein Hochschulstudium, das auf einen Abschluss auf der Tertiärstufe B folgt, ist ebenfalls beitragsberechtigt.

**Art. 9**

Anerkannte  
Ausbildungen

<sup>1</sup> Ausbildungen gelten als anerkannt, wenn sie zu einem vom Bund oder von den Vereinbarungskantonen schweizerisch anerkannten Abschluss führen.

<sup>2</sup> Ausbildungen, die auf einen von Bund oder Kantonen anerkannten Abschluss vorbereiten, können von den Vereinbarungskantonen anerkannt werden.

<sup>3</sup> Die Vereinbarungskantone können für sich weitere Ausbildungen als beitragsberechtigt bezeichnen.

**Art. 10**

Erst- und  
Zweitausbildung,  
Weiterbildungen

<sup>1</sup> Ausbildungsbeiträge werden mindestens für die erste beitragsberechtigte Ausbildung entrichtet.

<sup>2</sup> Die Vereinbarungskantone können für Zweitausbildungen und Weiterbildungen ebenfalls Ausbildungsbeiträge entrichten.

**Art. 11**

Voraussetzungen  
im Bezug auf die  
Ausbildung

Die Voraussetzung für die Beitragsberechtigung erfüllt, wer die Aufnahme- und Promotionsbestimmungen hinsichtlich des Ausbildungsganges nachweislich erfüllt.

### III. Ausbildungsbeiträge

**Art. 12**

Form der Ausbildungsbeiträge  
und Alterslimite

<sup>1</sup> Ausbildungsbeiträge sind

- a) Stipendien: einmalige oder wiederkehrende Geldleistungen, die für die Ausbildung ausgerichtet werden und nicht zurückzuzahlen sind,
- b) Darlehen: einmalige oder wiederkehrende Geldleistungen, die für die Ausbildung ausgerichtet werden und die zurückzuzahlen sind.

<sup>2</sup> Für den Bezug von Stipendien können die Kantone eine Alterslimite festlegen. Die Alterslimite darf 35 Jahre bei Beginn der Ausbildung nicht unterschreiten.

<sup>3</sup> Die Kantone sind frei bei der Festlegung einer Alterslimite für Darlehen.

**Art. 13**

Dauer der  
Beitrags-  
berechtigung

<sup>1</sup> Die Ausrichtung von Ausbildungsbeiträgen erfolgt für die Dauer der Ausbildung; bei mehrjährigen Ausbildungsgängen besteht der Anspruch bis zwei Semester über die Regelstudiendauer hinaus.

<sup>2</sup> Der Anspruch auf Ausbildungsbeiträge geht bei einem einmaligen Wechsel der Ausbildung nicht verloren. Die Dauer der Beitragsberechtigung

richtet sich grundsätzlich nach der neuen Ausbildung, wobei die Kantone bei der Berechnung der entsprechenden Beitragsdauer die Zeit der ersten Ausbildung in Abzug bringen können.

#### Art. 14

<sup>1</sup> Die freie Wahl von anerkannten Ausbildungen darf im Rahmen der Ausrichtung von Ausbildungsbeiträgen nicht eingeschränkt werden.

Freie Wahl von Studienrichtung und Studienort

<sup>2</sup> Bei Ausbildungen im Ausland wird vorausgesetzt, dass die Person in Ausbildung die Aufnahmebedingungen für eine gleichwertige Ausbildung in der Schweiz grundsätzlich auch erfüllen würde.

<sup>3</sup> Ist die frei gewählte anerkannte Ausbildung nicht die kostengünstigste, kann ein angemessener Abzug gemacht werden. Dabei sind aber mindestens jene persönlichen Kosten zu berücksichtigen, die auch bei der kostengünstigsten Lösung anfallen würden.

#### Art. 15

<sup>1</sup> Die jährlichen Höchstansätze der Ausbildungsbeiträge betragen

Höchstansätze für Ausbildungsbeiträge

- a) für Personen in Ausbildungen auf der Sekundarstufe II mindestens 12 000 Franken;
- b) für Personen in Ausbildungen auf der Tertiärstufe mindestens 16 000 Franken.

<sup>2</sup> Die jährlichen Höchstansätze gemäss Absatz 1 erhöhen sich bei Personen in Ausbildung, die gegenüber Kindern unterhaltspflichtig sind, um 4 000 Franken pro Kind.

<sup>3</sup> Die Höchstansätze können von der Konferenz der Vereinbarungskantone an die Teuerung angepasst werden.

<sup>4</sup> Für Ausbildungen auf der Tertiärstufe können Stipendien teilweise durch Darlehen ersetzt werden (Splitting), wobei der Stipendienanteil mindestens zwei Drittel des Ausbildungsbeitrages ausmachen soll.

<sup>5</sup> In der Gestaltung der Ausbildungsbeiträge, die über die Höchstansätze hinausgehen, sind die Kantone frei.

#### Art. 16

<sup>1</sup> Zeitlich und inhaltlich besonders ausgestalteten Studiengängen ist bei der Ausrichtung von Stipendien und Studiendarlehen im Einzelfall gebührend Rechnung zu tragen.

Besondere Ausbildungsstruktur

<sup>2</sup> Wenn die Ausbildung aus sozialen, familiären oder gesundheitlichen Gründen als Teilzeitstudium absolviert werden muss, ist die beitragsberechtigten Studienzeit entsprechend zu verlängern.

**IV. Bemessung der Beiträge****Art. 17**Bemessungs-  
grundsatz

Ausbildungsbeiträge stellen einen Beitrag an den finanziellen Bedarf der Person in Ausbildung dar.

**Art. 18**Berechnung des  
finanziellen  
Bedarfs

<sup>1</sup> Der finanzielle Bedarf umfasst die für Lebenshaltung und Ausbildung notwendigen Kosten, sofern und soweit diese Kosten die zumutbare Eigenleistung und die zumutbare Fremdleistung der Eltern, anderer gesetzlich Verpflichteter oder anderer Dritter übersteigen. Die Vereinbarungskantone legen den finanziellen Bedarf unter Berücksichtigung der folgenden Grundsätze fest:

- a) Budget der Person in Ausbildung: Anrechenbar sind Ausbildungs- und Lebenshaltungskosten sowie eventuelle Mietkosten. Der Person in Ausbildung kann eine minimale Eigenleistung angerechnet werden. Zudem können vorhandenes Vermögen oder ein allfälliger Lehrlingslohn angerechnet werden. Bei der Ausgestaltung der Eigenleistung ist der Struktur der Ausbildung Rechnung zu tragen.
- b) Familienbudget: als Fremdleistung darf höchstens jener Einkommensteil angerechnet werden, der den Grundbedarf der beitragsleistenden Person oder ihrer Familie übersteigt.

<sup>2</sup> Für die Berechnung des finanziellen Bedarfs sind Pauschalierungen zulässig, bei der Festlegung des Grundbedarfes der Familie dürfen die vom jeweiligen Kanton anerkannten Richtwerte nicht unterschritten werden.

<sup>3</sup> Der gemäss den Absätzen 1 und 2 berechnete finanzielle Bedarf kann auf Grund eines allfälligen Zusatzverdienstes der Person in Ausbildung gekürzt werden, wenn die Summe der Ausbildungsbeiträge und der übrigen Einnahmen die anerkannten Kosten für Ausbildung und Lebenshaltung am Studienort übersteigen.

**Art. 19**Teilweise eltern-  
unabhängige  
Berechnung

Auf die Anrechnung der zumutbaren Leistungen der Eltern kann teilweise verzichtet werden, wenn die Person in Ausbildung das 25. Altersjahr vollendet und eine erste berufsbefähigende Ausbildung abgeschlossen hat sowie vor Beginn der neuen Ausbildung zwei Jahre durch eigene Erwerbstätigkeit finanziell unabhängig war.

**V. Vollzug****Art. 20**Konferenz der  
Vereinbarungskantone

<sup>1</sup> Die Konferenz der Vereinbarungskantone setzt sich aus je einer Vertretung der Kantone zusammen, die der Vereinbarung beigetreten sind. Sie

- a) überprüft regelmässig die Höchstansätze für Ausbildungsbeiträge gemäss Artikel 15 und passt sie gegebenenfalls an die Teuerung an,
- b) erlässt Empfehlungen für die Berechnung der Ausbildungsbeiträge.

<sup>2</sup>Für die Anpassung der Höchstansätze an die Teuerung bedarf es einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder der Konferenz der Vereinbarungskantone.

#### **Art. 21**

<sup>1</sup>Das Generalsekretariat der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) ist Geschäftsstelle der Vereinbarung. Geschäftsstelle

<sup>2</sup>Der Geschäftsstelle obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

- a) die Information der Vereinbarungskantone,
- b) die Überprüfung und Ausarbeitung von Vorschlägen für die Anpassung der Höchstansätze für Ausbildungsbeiträge sowie die Vorbereitung der übrigen Geschäfte der Konferenz der Vereinbarungskantone und
- c) andere laufende Vollzugsaufgaben.

<sup>3</sup>Die Kosten der Geschäftsstelle für den Vollzug dieser Vereinbarung werden von den Vereinbarungskantonen nach Massgabe der Einwohnerzahl getragen.

#### **Art. 22**

<sup>1</sup>Für allfällige sich aus der Anwendung oder Auslegung dieser Vereinbarung ergebende Streitigkeiten zwischen den Vereinbarungskantonen wird ein Schiedsgericht eingesetzt. Schiedsinstanz

<sup>2</sup>Dieses setzt sich aus drei Mitgliedern zusammen, welche durch die Parteien bestimmt werden. Können sich die Parteien nicht einigen, so wird das Schiedsgericht durch den Vorstand der EDK bestimmt.

<sup>3</sup>Die Bestimmungen des Konkordates über die Schiedsgerichtsbarkeit vom 27. März 1969<sup>1</sup> finden Anwendung.

<sup>4</sup>Das Schiedsgericht entscheidet endgültig.

## **VI. Übergangs- und Schlussbestimmungen**

#### **Art. 23**

Der Beitritt zu dieser Vereinbarung wird dem Vorstand der EDK gegenüber erklärt. Beitritt

---

<sup>1</sup>SR 279

**Art. 24**

Austritt Der Austritt aus der Vereinbarung muss dem Vorstand der EDK gegenüber erklärt werden. Er tritt in Kraft auf Ende des dritten der Austrittserklärung folgenden Kalenderjahres.

**Art. 25**

Umsetzungsfrist Die Vereinbarungskantone sind verpflichtet, die Anpassung des kantonalen Rechts innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten der Vereinbarung beziehungsweise für Vereinbarungskantone, welche die Vereinbarung zwei Jahre nach deren Inkrafttreten unterzeichnen, innerhalb von drei Jahren nach der Unterzeichnung, vorzunehmen.

**Art. 26**

Inkrafttreten <sup>1</sup> Der Vorstand der EDK setzt die Vereinbarung in Kraft, wenn ihr mindestens zehn Kantone beigetreten sind.  
<sup>2</sup> Artikel 8 Absatz 2 litera b wird vom Vorstand der EDK erst in Kraft gesetzt, nachdem und soweit von der Plenarversammlung der EDK eine interkantonale Vereinbarung über Beiträge an die höhere Berufsbildung verabschiedet worden ist.  
<sup>3</sup> Das Inkrafttreten ist dem Bund zur Kenntnis zu geben.

Bern, den 18. Juni 2009

Im Namen der Schweizerischen Konferenz  
der kantonalen Erziehungsdirektoren

Die Präsidentin:  
Isabelle Chassot

Der Generalsekretär:  
Hans Ambühl

## **Participaziun dal chantun Grischun a la cunvegna interchantunala davart l'armonisaziun da las contribuziuns da scolaziun dals 18 da zercladur 2009**

dals ...

---

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 al. 2 da la constituziun chantunala,  
suenter avair gi invista da la missiva da la regenza dals 12 da schaner  
2010

concluda:

1. Il chantun Grischun sa participescha a la cunvegna interchantunala davart l'armonisaziun da las contribuziuns da scolaziun dals 18 da zercladur 2009.
2. La regenza vegn autorisada da declerar la participaziun a la cunvegna interchantunala davart l'armonisaziun da las contribuziuns da scolaziun dals 18 da zercladur 2009.
3. Las cifras 1 e 2 da quest conclus èn sutmessas al referendum facultativ.



## Cunvegna interchantunala davart l'armonisaziun da las contribuziuns da scolaziun

dals 18 da zercladur 2009

### I. Intent e princips

#### Art. 1

La cunvegna promova l'armonisaziun da las contribuziuns da scolaziun sin il stgalim secundar II e sin il stgalim terziar en tut la Svizra, en spezial: Intent da la cunvegna

- a) fixond las premissas minimalas concernent las scolaziuns cun dretg da survegnir contribuziuns, concernent la furma, concernent l'atezza e concernent la calculaziun sco er concernent la durada dal dretg da survegnir contribuziuns;
- b) definind il domicil ch'è decisiv per conceder in stipendi; e
- c) dond in'attenziun speziala a la collavuraziun tranter ils chantuns da cunvegna e la confederaziun.

#### Art. 2

Cun conceder contribuziuns da scolaziun duai vegnir duvrà meglier il potenzial da furmaziun en tut la Svizra. En spezial duai: Finamiras da l'effect da contribuziuns da scolaziun

- a) vegnir promovida l'egualitad da las schanzas;
- b) vegnir facilità l'access a la furmaziun;
- c) vegnir sustegnida la garanzia da l'existenza durant la scolaziun;
- d) vegnir garantida la libra tscherna da la scolaziun e dal lieu da scolaziun; e
- e) vegnir promovida la mobilitad.

#### Art. 3

Contribuziuns da scolaziun vegnan pajadas, sche la capacitad finanziala da la persuna pertutgada, da ses geniturs e d'autras personas che han obligaziuns legalas u sche las prestaziuns correspudentas d'autras terzas personas na bastan betg. Subsidiarità da la prestaziun

#### Art. 4

<sup>1</sup> Cun l'intent d'armonisar las contribuziuns da scolaziun promovan ils chantuns da cunvegna en il sector da las contribuziuns da scolaziun la collavuraziun sco er il barat d'infurmaziuns e d'experientschas tranter els, cun la confederaziun e cun gremis svizzers. Collavuraziun

<sup>2</sup> Ils chantuns da cunvegna prestan agid vicendaivel sin il nivel da l'administraziun.

## II. Dretg da survegnir contribuziuns

### Art. 5

Persunas cun  
dretg da survegnir  
contribuziuns

<sup>1</sup> Persunas cun dretg da survegnir contribuziuns èn:

- a) personas che han il dretg da burgais svizzer e che han lur domicil en Svizra, cun resalva da la litera b;
- b) burgaisas svizras e burgais svizzers, da las qualas resp. dals quals ils geniturs vivan a l'exteriur u las qualas resp. ils quals vivan senza geniturs a l'exteriur per scolaziuns en Svizra, uschenavant ch'ellas e ch'els n'han betg il dretg da survegnir contribuziuns a lur domicil ester, e quai pervia d'ina mancanza da la cumpetenzza;
- c) personas che han in dretg da burgais ester e che possedan ina permissiun da domicil u che han dapi 5 onns il dretg da viver en Svizra e che possedan ina permissiun da dimora;
- d) fugitivas e fugitivs u personas senza naziunalitad che vivan en Svizra e ch'èn reconuschidas resp. reconuschids da la Svizra;
- e) burgaisas e burgais d'in stadi commember da la UE/AECL, uschenavant ch'ellas e ch'els han – tenor la cunvegna davart la libra circulaziun da personas<sup>1</sup> resp. tenor la cunvegna da la AECL<sup>2</sup> tranter la confederaziun svizra ed ils stadis commembers da la UE/AECL – il medem status giuridic sco las burgaisas svizras e sco ils burgais svizzers en dumondas da stipendis e d'emprests per studis sco er burgaisas e burgais da stadis, cun ils quals igl è vegnida fatga ina cunvegna internaziunala correspondent.

<sup>2</sup> Persunas che sa trategnan en Svizra exclusivamain per far ina scolaziun n'han betg il dretg da survegnir ina contribuziun.

<sup>3</sup> Ina dumonda per la concessiun da contribuziuns da scolaziun sto vegnir fatga en quel chantun, en il qual la persuna en scolaziun ha ses domicil tenor il dretg da stipendis.

### Art. 6

Domicil tenor il  
dretg da stipendis

<sup>1</sup> Sco domicil tenor il dretg da stipendis vala:

- a) cun resalva da la litera d il domicil da dretg civil dals geniturs u la sedia da l'autoritad tutelara ch'è stada responsabla sco ultima per la persuna petenta;
- b) cun resalva da la litera d per burgaisas svizras e per burgais svizzers, da las qualas resp. dals quals ils geniturs n'han betg lur domicil en Svizra u che vivan senza geniturs a l'exteriur: il chantun d'origin;

<sup>1</sup>CS 0142.112.681

<sup>2</sup>CS 0.632.31

- c) cun resalva da la litera d il domicil da dretg civil per fugitivas e per fugitivs maiorens e renconuschids da la Svizra e per persunas maiorennas senza naziunalitad, da las qualas ils geniturs han lur domicil a l'exteriur u las qualas èn orfens; per fugitivas e per fugitivs vala questa regla, sch'ellas e sch'els èn attribuids a la tgira dal chantun da cunvegna correspondent; sco er
- d) il chantun da domicil per persunas maiorennas ch'èn – suenter la terminaziun d'ina emprima scolaziun, che permetta da pratitgar ina professiun, ed avant che cumenzar cun la scolaziun, per la quala ellas dumondan stipendis u emprests per studis – stadas domiciliadas durant almain 2 onns en quest chantun e ch'èn stadas là finzialmain independentas grazia ad in'atgna activitad da gudogn.

<sup>2</sup> En cas da geniturs che han lur domicil da dretg civil en differents chantuns è decisiv il domicil da la titulara actuala u dal titular actual ubain da l'ultima titulara u da l'ultim titular da la tgira genituriala ubain, en cas da la tgira genituriala cuminaivla, il domicil da quel genitur che ha principalmain u che ha gi l'ultim la tgira da la persuna en scolaziun. Sch'ils geniturs fundan lur domicil en differents chantuns pir suenter che la persuna petenta è daventada maiorena, è cumpetent il chantun da quel genitur, tar il qual la persuna petenta viva en emprima lingua.

<sup>3</sup> En cas da plirs chantuns d'origin vala il dretg da burgais ch'è vegnì acquistà sco ultim.

<sup>4</sup> Il domicil tenor il dretg da stipendis ch'è vegnì fundà ina giada resta, fin ch'in nov domicil vegn fundà.

#### Art. 7

<sup>1</sup> Ina independenza finziala da 4 onns pervia d'ina atgna activitad da gudogn correspunda ad in'emprima scolaziun terminada che permetta da pratitgar ina professiun.

Atgna activitad da gudogn

<sup>2</sup> Sco activitad da gudogn vala er, sch'ina persuna ha manà in'atgna chasada cun persunas minorennas u cun persunas che basegnan tgira, sch'ella ha fatg servetsch militar u servetsch civil sco er sch'ella è stada dischoccupada.

#### Art. 8

<sup>1</sup> Il dretg da survegnir contribuziuns han almain las suandantas purschidas d'emprendissadis e da studis, sch'ellas èn renconuschidas tenor l'artitgel 9:

Scolaziuns cun dretg da survegnir contribuziuns

- a) la scolaziun sin il stgalim secundar II e sin il stgalim terziar ch'è pretendida per la finamira professiunala en mira;
- b) las mesiras sin il stgalim secundar II e sin il stgalim terziar ch'èn obligatoricas sco preparaziun per in studi sco er passarellas e purschidas transitoricas.

<sup>2</sup> Il dretg da survegnir contribuziuns finescha:

- a) sin il stgalim terziar A cun in diplom da bachelor u da master che sa basa sin l'emprim;
- b) sin il stgalim terziar B cun l'examen professiunal federal e cun l'examen professiunal federal superiur sco er cun il diplom d'ina scola professiunala superiura.

<sup>3</sup> In studi universitar che suonda in diplom dal stgalim terziar B ha er il dretg da survegnir contribuziuns.

#### Art. 9

Scolaziuns  
renconuschidas

<sup>1</sup> Scolaziuns valan sco renconuschidas, sch'ellas termineschan cun in diplom che vegn renconuschì en Svizra da la confederaziun u dals chantuns da cunvegna.

<sup>2</sup> Scolaziuns che preparan per in diplom che vegn renconuschì da la confederaziun u dals chantuns pon vegnir renconuschidas dals chantuns da cunvegna.

<sup>3</sup> Ils chantuns da cunvegna pon fixar per sai ulteriuras scolaziuns cun dretg da survegnir contribuziuns.

#### Art. 10

Emprima  
scolaziun,  
segunda  
scolaziun,  
furmaziuns  
supplementaras

<sup>1</sup> Contribuziuns da scolaziun vegnan pajadas almain per l'emprima scolaziun cun dretg da survegnir contribuziuns.

<sup>2</sup> Ils chantuns da cunvegna pon pagar contribuziuns da scolaziun er per secundas scolaziuns e per furmaziuns supplementaras.

#### Art. 11

Premissas  
areguard la  
scolaziun

Las premissas areguard il dretg da survegnir contribuziuns ademplescha, tgi che ademplescha cumprovadamain las disposiziuns d'admissiun e da promoziun che valan per la scolaziun respectiva.

### III. Contribuziuns da scolaziun

#### Art. 12

Furma da las  
contribuziuns da  
scolaziun e limita  
da vegliadetgna

<sup>1</sup> Contribuziuns da scolaziun èn:

- a) stipendis: prestaziuns finanzialas unicas u che sa repetan, che vegnan pajadas per la scolaziun e che na ston betg vegnir pajadas enavos;
- b) emprests da daners: prestaziuns finanzialas unicas u che sa repetan, che vegnan pajadas per la scolaziun e che ston vegnir pajadas enavos.

<sup>2</sup> Ils chantuns pon fixar ina limita da vegliadetgna, fin a la quala vegnan concedids stipendis. La limita da vegliadetgna na dastga betg sutpassar 35 onns tar il cumenzament da la scolaziun.

<sup>3</sup> En cas dals emprests da daners èn ils chantuns libers da fixar ina limita da vegliadetgna.

**Art. 13**

<sup>1</sup> Las contribuziuns da scolaziun vegnan pajadas per la durada da la scolaziun; en cas da studis da plirs onns exista il dretg da survegnir contribuziuns fin a 2 semesters sur la durada regulara dal studi or.

Durada dal dretg da survegnir contribuziuns

<sup>2</sup> Il dretg da survegnir contribuziuns da scolaziun na va betg a perder, sche la scolaziun vegn midada ina giada. La durada dal dretg da survegnir contribuziuns da scolaziun sa drizza da princip tenor la nova scolaziun. En quest connex pon ils chantuns – calculond la durada correspundenta dal dretg da survegnir contribuziuns – deducir il temp da l'emprima scolaziun.

**Art. 14**

<sup>1</sup> La libra tscherna da scolaziuns renconuschidas na dastga betg vegnir restrenschida en il rom dal pajament da contribuziuns da scolaziun.

Libra tscherna da la direcziun dal studi e dal lieu da studi

<sup>2</sup> En cas da scolaziuns a l'exteriur vegni premiss che las personas en scolaziun adempleschian da princip er las cundiziuns d'admissiun per ina scolaziun equivalenta en Svizra.

<sup>3</sup> Sche la scolaziun renconuschida ch'è vegnida tschernida libramain n'è betg la pli favuraivla, po vegnir fatga ina deducziun adequata. En quest connex ston però vegnir resguardads almain quels custs persunals che resultassan er en cas da la soluziun la pli favuraivla.

**Art. 15**

<sup>1</sup> Las tariffas annualas maximalas per las contribuziuns da scolaziun importan:

Tariffas maximalas per las contribuziuns da scolaziun

- a) per personas en scolaziun sin il stgalim secundar II almain 12 000 francs;
- b) per personas en scolaziun sin il stgalim terziar almain 16 000 francs.

<sup>2</sup> En cas da personas en scolaziun ch'èn obligadas da procurar per il mantegniment d'in uffant s'augmentan las tariffas annualas maximalas tenor l'alinea 1 per 4 000 francs per mintga uffant.

<sup>3</sup> La conferenza dals chantuns da cunvegna po adattar las tariffas maximalas a la chareschia.

<sup>4</sup> Per scolaziuns sin il stgalim terziar pon stipendis vegnir remplazzads per part tras emprests da daners (splitting). En quest connex duai la part dals stipendis importar almain dus terzs da la contribuziun da scolaziun.

<sup>5</sup> Ils chantuns èn libers da concepìr las contribuziuns da scolaziun che surpassan las tariffas maximalas.

**Art. 16**

<sup>1</sup> Da studis che han in concept spezial areguard il temp ed areguard il cuntegn ston vegnir tegnì quint adequatamain en il cas singul cun pajar stipendis ed emprests da daners.

Structura da scolaziun speziala

<sup>2</sup> Sche la scolaziun sto vegnir absolvida sco studi a temp parzial per motivs socials, famigliars u da sanadad, sto il temp da studi che constituescha il dretg da survegnir contribuziuns vegnir prolungà correspondentamain.

#### IV. Calculaziun da las contribuziuns

##### Art. 17

Princips da  
calculaziun

Las contribuziuns da scolaziun furman ina contribuziun al basegn finanziel da la persuna en scolaziun.

##### Art. 18

Calculaziun dal  
basegn finanziel

<sup>1</sup> Il basegn finanziel cumpiglia ils custs ch'èn necessaris per viver e per frequentar la scolaziun, sche quests custs surpassan l'atgna prestaziun che po vegnir pretendida sco er la prestaziun che po vegnir pretendida dals geniturs, d'autras persunas che han obligaziuns legalas u da terzas persunas. Ils chantuns da cunvegna fixeschan il basegn finanziel resguardond ils suandants principis:

- a) il preventiv da la persuna en scolaziun: imputabels èn ils custs da scolaziun e da viver sco er eventuals custs da locaziun. A la persuna en scolaziun poi vegnir messa a quint in'atgna prestaziun minimala. Ultra da quai pon vegnir resguardads la facultad ch'è avant maun u in eventual salari d'emprendista u d'emprendist. Concepend las atgnas prestaziuns stoi vegnir tegnì quint da la structura da la scolaziun;
- b) preventiv da la famiglia: sco prestaziun che po vegnir pretendida da terzas persunas dastga vegnir resguardada maximalmain quella part da las entradas che surpassa il basegn da basa da la persuna che paja la contribuziun u da sia famiglia.

<sup>2</sup> Per calcular il basegn finanziel èsi admess da far pauschalisaziuns, per fixar il basegn da basa da la famiglia na dastgan las valurs directivas ch'èn reconuschidas dal chantun respectiv betg vegnir sutpassadas.

<sup>3</sup> Il basegn finanziel ch'è vegni calculà tenor ils alineas 1 e 2 po vegnir reduci pervia d'in eventual gudogn supplementar da la persuna en scolaziun, sche la summa da las contribuziuns da scolaziun e da las ulteriuras entradas surpassa ils custs reconuschids per frequentar la scolaziun e per viver al lieu dal studi.

##### Art. 19

Calculaziun ch'è  
per part  
independenta dals  
geniturs

I po per part vegnir desisti da metter a quint las prestaziuns che pon vegnir pretendidas dals geniturs, sche la persuna en scolaziun ha cumpleni il 25. onn da vegliadetgna e sch'ella ha terminà in'emprima scolaziun che la qualifitgescha d'exequir ina professiun e sch'ella è plinavant stada

finanzialmain independenta pervia d'ina atgna activitad da gudogn durant almain 2 onns avant che cumenzar cun la nova scolaziun.

## V. Execuziun

### Art. 20

<sup>1</sup> La conferenza dals chantuns da cunvegna sa cumpona d'ina represchentanza da mintga chantun che fa part da la cunvegna. Ella: Conferenza dals chantuns da cunvegna

- a) examinescha regularmain las tariffas maximalas per las contribuziuns da scolaziun tenor l'artitgel 15 e las adapta a la chareschia, sche quai è necessari;
- b) relascha recumandaziuns per calcular las contribuziuns da scolaziun.

<sup>2</sup> Per adattar las tariffas maximalas a la chareschia dovri la maioritad da dus terzs dals commembers da la conferenza dals chantuns da cunvegna.

### Art. 21

<sup>1</sup> Il secretariat general da la conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da l'educaziun publica (CDEP) è il secretariat da la cunvegna. Secretariat

<sup>2</sup> Il secretariat ha en spezial las suandantas incumbensas:

- a) infurmar ils chantuns da cunvegna;
- b) controllar ed elavurar propostas per adattar las tariffas maximalas per las contribuziuns da scolaziun sco er preparar las ulteriuras fatschentas da la conferenza dals chantuns da cunvegna; ed
- c) ulteriuras incumbensas d'execuziun currentas.

<sup>3</sup> Ils custs che resultan al secretariat da l'execuziun da questa cunvegna vegnan surpigliads dals chantuns da cunvegna a norma dal dumber da lur abitantas e da lur abitants.

### Art. 22

<sup>1</sup> En cas dad eventualas dispitas tranter ils chantuns da cunvegna che resultan da l'applicaziun u da l'interpretaziun da questa cunvegna vegn installada ina dretgira da cumpromiss. Instanza da cumpromiss

<sup>2</sup> Quella sa cumpona da trais commembras u commembers che vegnan designads da las partidas. Sche las partidas n'arrivan betg a sa cunvegner davart la dretgira da cumpromiss, vegn quella designada da la suprastanza da la CDEP.

<sup>3</sup> I vegnan applitgadas las disposiziuns dal concordat davart la giurisdicziun da cumpromiss dals 27 da mars 1969<sup>1</sup>.

<sup>4</sup> La dretgira da cumpromiss decida definitivamain.

---

<sup>1</sup>CS 279

**VI. Disposiziuns transitoricas e finalas****Art. 23**

Participaziun

La participaziun a questa cunvegna vegn declerada envers la suprastanza da la CDEP.

**Art. 24**

Extrada

L'extrada da questa cunvegna sto vegnir declerada envers la suprastanza da la CDEP. Ella entra en vigur a la fin dal terz onn chalendar che suonda la decleraziun d'extrada.

**Art. 25**

Termin da realisaziun

Ils chantuns da cunvegna èn obligads da far las adattaziuns dal dretg chantunal entaifer 5 onns suenter l'entrada en vigur da la cunvegna resp. ils chantuns da cunvegna che suttascrivan la cunvegna 2 onns suenter sia entrada en vigur ston far questas adattaziuns entaifer 3 onns suenter la suttascripziun.

**Art. 26**

Entrada en vigur

<sup>1</sup> La suprastanza da la CDEP metta en vigur la cunvegna, sche almain diesch chantuns èn sa participads.

<sup>2</sup> L'artitgel 8 alinea 2 litera b vegn pir mess en vigur da la suprastanza da la CDEP, suenter ch'ina cunvegna interchantunala davart contribuziuns per la furnaziun professiunala superiura è vegnida deliberada da la radunanza plenara da la CDEP.

<sup>3</sup> Sia entrada en vigur sto vegnir communitgada a la confederaziun.

Berna, ils 18 da zercladur 2009

En num da la conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da l'educaziun publica

La presidenta:

Isabelle Chassot

Il secretari general:

Hans Ambühl

## **Adesione del Cantone dei Grigioni all'Accordo intercantonale sull'armonizzazione dei criteri per la concessione delle borse di studio del 18 giugno 2009**

del ...

---

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 32 cpv. 2 della Costituzione cantonale;  
visto il messaggio del Governo del 12 gennaio 2010,

decide:

1. Il Cantone dei Grigioni aderisce all'Accordo intercantonale sull'armonizzazione dei criteri per la concessione delle borse di studio del 18 giugno 2009.
2. Il Governo viene autorizzato a dichiarare l'adesione all'Accordo intercantonale sull'armonizzazione dei criteri per la concessione delle borse di studio del 18 giugno 2009.
3. I numeri 1 e 2 della presente decisione sono soggetti a referendum facoltativo.



## Accordo intercantonale sull'armonizzazione dei criteri per la concessione delle borse di studi

del 18 giugno 2009

---

### I. Obiettivi e principi

#### Art. 1

Il presente accordo ha lo scopo di incoraggiare in tutta la Svizzera l'armonizzazione dei criteri per la concessione delle borse di studio del grado secondario II e del grado terziario, in particolare

Scopo dell'accordo

- a) fissando le norme minime concernenti le formazioni sussidiabili, la forma, l'importo, il calcolo e la durata del diritto alla borsa di studio;
- b) definendo il domicilio determinante per la concessione di una borsa di studio e
- c) prestando particolare attenzione alla collaborazione tra i cantoni firmatari e la Confederazione.

#### Art. 2

La concessione delle borse di studio deve permettere di migliorare la frequenza dei curricula di formazione offerti in tutta la Svizzera, in particolare

Obiettivi delle borse di studio

- a) promuovendo le pari opportunità;
- b) facilitando l'accesso alla formazione;
- c) contribuendo ad assicurare le condizioni minime essenziali durante la formazione;
- d) garantendo la libera scelta della formazione e dell'istituto di formazione e
- e) incoraggiando la mobilità.

#### Art. 3

La borsa di studio è concessa quando la capacità finanziaria della persona interessata, quella dei suoi genitori e di altre persone legalmente tenute a provvedere al suo sostentamento, così come le prestazioni provenienti da terzi, sono insufficienti.

Sussidiarietà della prestazione

#### Art. 4

<sup>1</sup>Nell'intento di armonizzare il sistema delle borse di studio, i cantoni firmatari incoraggiano la reciproca collaborazione e lo scambio di

Collaborazione

informazioni e di esperienze, come pure con la Confederazione e con gli organi nazionali interessati.

<sup>2</sup> Essi assicurano la reciproca assistenza sul piano amministrativo.

## II. Diritto a una borsa di studio

### Art. 5

Beneficiari di una borsa di studio

<sup>1</sup> I beneficiari di una borsa di studio sono:

- a) le persone di nazionalità svizzera domiciliate in Svizzera, con riserva della lettera b);
- b) le cittadine e i cittadini svizzeri i cui genitori vivono all'estero o le cittadine e i cittadini svizzeri che vivono all'estero senza i loro genitori, per delle formazioni seguite in Svizzera solo se nel luogo di domicilio all'estero non ne hanno diritto per carenza di competenza;
- c) le persone di nazionalità straniera in possesso di un permesso di domicilio o le persone titolari di un permesso di dimora se soggiornano legalmente in Svizzera da cinque anni;
- d) le persone domiciliate in Svizzera e riconosciute come rifugiate o apolidi dalla Svizzera e
- e) le cittadine e i cittadini degli Stati membri dell'UE/AELS, conformemente all'accordo di libera circolazione tra la Confederazione Svizzera e la Comunità Europea e gli Stati Membri<sup>1</sup> o la Convenzione AELS<sup>2</sup>, sono trattati, in materia di borse di studio, come le cittadine e i cittadini svizzeri, così come le cittadine e i cittadini degli Stati con i quali la Svizzera ha concluso degli accordi internazionali in materia.

<sup>2</sup> Le persone che soggiornano in Svizzera esclusivamente per motivi di formazione non hanno diritto alle borse di studio.

<sup>3</sup> La domanda per la concessione di una borsa di studio deve essere presentata al cantone nel quale la persona in formazione ha il suo domicilio determinante.

### Art. 6

Domicilio determinante per la concessione di una borsa di studio

<sup>1</sup> Fa stato quale domicilio determinante per la concessione di una borsa di studio:

- a) il domicilio civile dei genitori o la residenza dell'ultima autorità tutoria competente, con riserva della lettera d);
- b) il cantone di origine, con riserva della lettera d), per le cittadine e i cittadini svizzeri i cui genitori non sono domiciliati in Svizzera o per le cittadine e i cittadini svizzeri che vivono all'estero senza i loro genitori;

---

<sup>1</sup>RS 0142.112.681

<sup>2</sup>RS 0.632.31

- c) il domicilio civile per i rifugiati e gli apolidi maggiorenni riconosciuti dalla Svizzera i cui genitori hanno il loro domicilio all'estero, oppure gli orfani; questa regola si applica ai rifugiati fintanto che la loro presa a carico compete a un cantone firmatario dell'accordo e
- d) il cantone nel quale i richiedenti maggiorenni, prima di iniziare la formazione per la quale richiedono una borsa di studio, hanno avuto il domicilio per almeno due anni e hanno svolto, dopo aver conseguito una prima qualifica professionale, un'attività lucrativa tale da garantirsi l'indipendenza finanziaria dai genitori.

<sup>2</sup> Se i genitori non hanno il loro domicilio civile nello stesso cantone fa stato il domicilio civile del genitore che esercita l'autorità parentale, oppure il domicilio del genitore che ha detenuto per ultimo l'autorità parentale; quando questa è esercitata congiuntamente fa stato il domicilio del genitore che in modo preponderante convive con il figlio in formazione o il domicilio del genitore che ha esercitato l'autorità parentale per ultimo. Se i genitori si sono domiciliati in cantoni differenti dopo la maggiore età del richiedente una borsa di studio fa stato il cantone di domicilio del genitore presso cui il richiedente ha la residenza principale.

<sup>3</sup> In presenza di più cantoni d'origine fa stato quello con la cittadinanza più recente.

<sup>4</sup> Una volta definito il domicilio determinante lo stesso resta valido fino alla definizione di uno nuovo.

#### Art. 7

<sup>1</sup> Quattro anni di attività professionale che consentono di assicurare l'indipendenza finanziaria del richiedente di una borsa di studio sono considerati al pari di una prima formazione che dà accesso a una professione.

Esercizio di un'attività professionale

<sup>2</sup> È considerata come attività professionale anche la cura della famiglia con dei minorenni o con delle persone che necessitano di cure, il servizio militare, il servizio civile e la disoccupazione.

#### Art. 8

<sup>1</sup> Sono sussidiabili, conformemente all'articolo 9, i curricula di formazione e di studio riconosciuti dai cantoni per:

Curricoli di formazione sussidiabili

- a) la formazione del grado secondario II o del grado terziario, richiesta per l'esercizio della professione imparata e
- b) i corsi obbligatori di preparazione agli studi del grado secondario II e del grado terziario, come pure i corsi passerella e le soluzioni transitorie.

<sup>2</sup> Il diritto a una borsa di studio termina con l'ottenimento

- a) nel grado terziario A, di un bachelor o di un master consecutivo,

b) nel grado terziario B, di un esame professionale federale, di un esame professionale federale superiore o di un diploma di scuola superiore.

<sup>3</sup> Gli studi proseguiti in una scuola universitaria dopo l'ottenimento di un titolo di grado terziario B danno diritto a una borsa di studio.

#### **Art. 9**

Formazioni riconosciute

<sup>1</sup> Una formazione è riconosciuta quando si conclude con un diploma riconosciuto a livello svizzero dalla Confederazione o dai cantoni firmatari.

<sup>2</sup> Una formazione che prepara al conseguimento di un diploma riconosciuto a livello federale o cantonale può essere riconosciuta dai cantoni firmatari.

<sup>3</sup> I cantoni firmatari possono riconoscere, per i loro aventi diritto, altre formazioni sussidiabili.

#### **Art. 10**

Prima e seconda formazione, formazioni continue

<sup>1</sup> Le borse di studio sono versate almeno per la prima formazione per la quale si ha diritto.

<sup>2</sup> I cantoni firmatari possono ugualmente versare delle borse di studio per una seconda formazione o per una formazione continua.

#### **Art. 11**

Condizioni richieste per una formazione

È ritenuto idoneo al diritto di concessione di una borsa di studio chiunque soddisfi le condizioni di ammissione e di promozione relative al curriculum di formazione.

### **III. Borse di studio**

#### **Art. 12**

Forme di borse di studio e limite d'età

<sup>1</sup> Rientrano nelle borse di studio

- a) gli assegni di studio, contributi finanziari unici o periodici, non rimborsabili e
- b) i prestiti di studio, unici o periodici, rimborsabili.

<sup>2</sup> I cantoni possono stabilire un'età massima al di là della quale il diritto a un assegno di studio è escluso. All'inizio della formazione questo limite non può essere inferiore ai 35 anni.

<sup>3</sup> I cantoni possono stabilire liberamente un limite di età per l'assegnazione del prestito.

**Art. 13**

<sup>1</sup> La borsa di studio è concessa per la durata della formazione; se i curricula prevedono più anni di formazione gli assegni e i prestiti di studio possono essere concessi fino a due semestri oltre la durata regolamentare.

Durata del diritto a una borsa di studio

<sup>2</sup> In caso di cambiamento del curriculum di formazione, il diritto alla borsa di studio è valido una sola volta. La durata di questo diritto è stabilita di principio sulla base della nuova formazione; i cantoni hanno tuttavia la possibilità di dedurre da questa durata i semestri della prima formazione.

**Art. 14**

<sup>1</sup> La concessione di borse di studio non deve limitare la libera scelta di un curriculum di formazione riconosciuto.

Libera scelta degli studi e dell'istituto di formazione

<sup>2</sup> Per le formazioni all'estero sono richieste, di principio, le stesse condizioni previste per una formazione equivalente in Svizzera.

<sup>3</sup> Se il curriculum di formazione liberamente scelto di una formazione riconosciuta non è economicamente il più conveniente, l'importo sussidiabile può essere ridotto. La borsa di studio deve in ogni caso tener conto almeno delle spese personali che sarebbero ugualmente derivate dalla formazione meno onerosa.

**Art. 15**

<sup>1</sup> L'importo annuo di una borsa di studio è

Importo sussidiabile

- a) per una persona in formazione del grado secondario II almeno franchi 12'000.–
- b) per una persona in formazione del grado terziario almeno franchi 16'000.–

<sup>2</sup> Per ogni figlio a carico della persona in formazione l'importo previsto dal capoverso 1 è aumentato di franchi 4'000.–.

<sup>3</sup> La Conferenza dei cantoni firmatari può adattare gli importi al rincaro.

<sup>4</sup> Per le formazioni del grado terziario è possibile sostituire in parte l'assegno con un prestito (frazionamento), l'assegno deve tuttavia rappresentare almeno i due terzi della borsa di studio concessa.

<sup>5</sup> Il cantone può definire liberamente il rapporto tra assegni/prestiti per gli importi attribuiti in aggiunta a quelli previsti dal capoverso 1.

**Art. 16**

<sup>1</sup> Se i curricula di studio comportano delle particolarità nella loro organizzazione temporale, o nel loro contenuto, occorre tenerne debitamente conto nella concessione degli assegni e dei prestiti di studio.

Formazioni con strutture particolari

<sup>2</sup> È possibile prolungare proporzionalmente la durata degli studi che danno diritto a una borsa di studio quando per ragioni, sociali, familiari o di salute la formazione può essere seguita solo a tempo parziale.

#### IV. Calcolo dei contributi

##### Art. 17

Principio

Le borse di studio sono un contributo alle necessità finanziarie di una persona in formazione.

##### Art. 18

Calcolo delle  
necessità  
finanziarie

<sup>1</sup>La borsa di studio copre le spese di mantenimento e di formazione necessarie nella misura in cui superano la prestazione ragionevolmente esigibile dal richiedente o dalla richiedente, la prestazione dei suoi genitori, quella di altre persone legalmente obbligate o quella di terzi. I cantoni firmatari definiscono i bisogni finanziari tenendo conto dei seguenti principi:

- a) preventivo della persona in formazione: sono tenute in considerazione le spese di mantenimento e di formazione ed eventualmente dell'affitto. La persona può essere comunque chiamata a dare un proprio contributo minimo. I beni disponibili o, eventualmente, il salario dell'apprendistato possono essere presi in considerazione. La definizione del proprio contributo deve tenere conto della struttura della formazione.
- b) preventivo della famiglia: la prestazione dei terzi può essere calcolata solo sul reddito disponibile dopo la copertura del fabbisogno di base dei terzi e della loro famiglia.

<sup>2</sup>Il calcolo delle necessità finanziarie può essere definito con un importo forfetario. Nella definizione delle necessità di base di una famiglia il risultato non può essere inferiore alle norme stabilite dal cantone.

<sup>3</sup>Il calcolo delle necessità finanziarie effettuato conformemente ai capoversi 1 e 2 può eventualmente essere diminuito in funzione di un reddito complementare della persona in formazione solo se la somma della borsa di studio e degli altri introiti supera i costi di formazione e di mantenimento considerati nel luogo di formazione.

##### Art. 19

Calcolo  
parzialmente  
indipendente  
dalle prestazioni  
dei genitori

Si rinuncia parzialmente a tener conto delle prestazioni ragionevolmente esigibili dai genitori quando la persona in formazione ha compiuto i 25 anni, ha già concluso una prima formazione che dà accesso a un'attività professionale e si è resa finanziariamente indipendente per due anni prima dell'inizio della nuova formazione.

## V. Esecuzione

### Art. 20

<sup>1</sup> La Conferenza dei cantoni firmatari si compone di un o di una rappresentante per ogni cantone firmatario. Essa: Conferenza dei cantoni firmatari

- a) rivaluta periodicamente gli importi delle borse di studio definiti dall'articolo 15 e li adatta, se necessario, al rincaro e
- b) emana le raccomandazioni per il calcolo delle borse di studio.

<sup>2</sup> L'adattamento degli importi in base al rincaro è deciso con la maggioranza dei due terzi dei membri della Conferenza dei cantoni firmatari.

### Art. 21

<sup>1</sup> Il Segretariato generale della Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione (CDPE) assume la funzione di segretariato dell'accordo. Segretariato

<sup>2</sup> Esso svolge in particolare i seguenti compiti:

- a) informare i cantoni firmatari;
- b) studiare ed elaborare delle proposte in materia di adattamento degli importi delle borse di studio, preparare gli altri dossier della Conferenza dei cantoni firmatari e
- c) assumere i compiti esecutivi dell'accordo.

<sup>3</sup> Le spese sostenute dal Segretariato per l'esecuzione del presente accordo sono a carico dei cantoni firmatari e ripartiti secondo il numero di abitanti.

### Art. 22

<sup>1</sup> Una commissione arbitrale è designata per risolvere le divergenze che potrebbero sorgere tra i cantoni firmatari nell'ambito dell'applicazione e dell'interpretazione del presente accordo. Istanza arbitrale

<sup>2</sup> La commissione è composta di tre membri designati dalle parti. Se quest'ultime non raggiungono un accordo il Comitato della CDPE designa i membri della commissione.

<sup>3</sup> Sono applicabili le disposizioni del Concordato sull'arbitrato del 27 marzo 1969<sup>1</sup>.

<sup>4</sup> La commissione arbitrale decide le contestazioni in modo inappellabile.

## VI. Disposizioni transitorie e finali

### Art. 23

L'adesione al presente accordo si dichiara al Comitato della CDPE. Adesione

---

<sup>1</sup>RS 279

**Art. 24**

Revoca

La revoca di quest'accordo dev'essere dichiarata al Comitato della CDPE. Entra in vigore alla fine del terzo anno civile dopo la dichiarazione di revoca.

**Art. 25**Termine  
d'esecuzione

I cantoni firmatari sono tenuti ad adattare la loro legislazione cantonale all'accordo entro cinque anni dalla sua entrata in vigore; i cantoni che aderiscono dopo due anni dalla sua entrata in vigore dispongono di tre anni per procedere agli adattamenti.

**Art. 26**

Entrata in vigore

<sup>1</sup> Il Comitato della CDPE mette in vigore l'accordo a partire dal momento in cui almeno dieci cantoni hanno dichiarato la loro adesione.

<sup>2</sup> Il Comitato della CDPE metterà in vigore l'articolo 8 capoverso 2 lettera b solo dopo la conclusione di un accordo intercantonale sui contributi nel settore della formazione professionale superiore.

<sup>3</sup> L'entrata in vigore è comunicata alla Confederazione.

Berna, il 18 giugno 2009

In nome della Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione

La presidente:

Isabelle Chassot

Il segretario generale:

Hans Ambühl



